

Lehre und Wehre.

Jahrgang 20.

September 1874.

No. 9.

(Auf Wunsch der „Vereinigten Columbus-Conferenz“ eingesandt von E. W. Kähler, Pastor.)

Hat die Gemeinde das Recht, ordentlicher Weise einen wesentlichen Theil des heiligen Predigtamtes irgend einem Laien temporär zu übertragen?

Ein Referat für die Sitzungen der am 3. und 4. März in Lancaster, Ohio, versammelten Columbus-Conferenz.

Thesis I.

Das öffentliche Predigtamt ist ein Amt des Wortes.

Anmerkung 1.

Da um das Predigtamt die folgenden Thesen sich drehen, dasselbe die *materia circa quam* des Referates ist, so muß es uns auch vor allen Dingen daran liegen, diesen Begriff kurz und schriftgemäß zu definiren. Das öffentliche Predigtamt, sagen wir, um darauf hinzudeuten, daß wir nicht das Amt in abstracto, sondern in concreto meinen; d. h. nicht das Amt selbst, losgedacht von den Personen, die es tragen, sondern in Absicht auf die Personen, die in diesem Amte stehen, soll es der christlichen Betrachtung zu Grunde liegen. *) Die Frage in unserer Thesis ist: Was für ein Amt führen die öffentlichen Prediger in der Kirche? Und da ist die kürzeste und einfachste Antwort: Das Amt des Wortes.

Anmerkung 2.

Was Luther durch „Amt“ übersetzt, heißt im Griechischen *διακονία*, *λειτουργία*, *οικονομία* u. a. m.; vergl. Joh. Gerhard loc. de minister. § 8.; woraus ersichtlich ist, daß das Wort „Amt“ in neuerer Zeit namentlich in einem nichts weniger als biblischen Sinne gebraucht, oder vielmehr mißbraucht worden ist.

*) Vom Predigtamt in abstracto rebet Art. V. Aug. Conf. und Form. Conc. (pag. 828 R.): *Ministerium ecclesiasticum*, h. e., *Verbum Dei praedicatum et auditum*.

Anmerkung 3.

Das öffentliche Amt in der Kirche ist also ein Dienst, der durch das Wort ausgerichtet wird. Hierher gehört zunächst Ap. Gesch. 6, 4.: „Wir aber wollen anhalten am Gebet und am Amt des Wortes“ (*διακονία τοῦ λόγου*). In dieser Stelle wird ohne Zweifel summarisch zusammengefaßt, was die Apostel und alle Prediger als das Wesentliche ihres Dienstes anzusehen haben: sie sollen das Wort, d. i. Gottes Wort, treiben. Es liegt auf der Hand, daß *τοῦ λόγου* der Genit. object. ist. Die Apostel wollen sagen: Unser besonderer Dienst, unser vornehmstes Amt soll dasjenige sein, welches das Wort Gottes zum Gegenstand (*objectum reale*) hat, durch das Wort wollen wir unsern Dienst, unser Amt treiben. Anfang, Mittel und Ende unsers Amtes ist das Wort. — Ferner: 2 Tim. 4, 5.: „Thue das Werk eines evangelischen Predigers“ (*εὐαγγελιστοῦ*). Das Werk des Timotheus und jedes evangelischen Predigers soll also dasjenige sein, was eben sein Name besagt: er soll ein Evangelist, ein Verkündiger der frohen Botschaft sein. Das Evangelium, also das Wort Gottes, ist demnach *objectum reale ministerii*, d. h. der Gegenstand, auf welchen sich sein Amt und Werk concentriren muß. Daher denn auch Paulus Tit. 1, 9. spricht: Und halte ob dem Wort, das gewiß ist und lehren kann; und 2 Tim. 4, 2.: Predige das Wort, halte an u. — Matth. 28, 20. lautet das Generalmandat des HErrn an seine Kirche, also auch an deren öffentliche Diener: „Und lehret sie halten alles, was ich euch befohlen habe.“ Die Lehre aber ist im Worte enthalten; daher denn Christus das Amt des Wortes seinen Jüngern gnädig befehlt; vergl. Luc. 24, 47. — Von den übrigen apostolischen Lehraussagen gehört vor allen Dingen hierher 2 Cor. 3, 6. ff., wo der heilige Apostel die Dienstthätigkeit des Predigers nennt ein Amt des neuen Testaments (*διακονία καινῆς διαθήκης* B. 6.) oder des Geistes (*τοῦ πνεύματος* B. 6.) oder das Amt, das die Gerechtigkeit predigt (*τῆς δικαιοσύνης* B. 9.), weil sie die neue Gottesgemeinschaft, den Leben schaffenden Geist Gottes, die in Christo hergestellte Gerechtigkeit vermittelt durch das Wort, den *λόγος τῆς καταλλαγῆς* 5., 19., welches zwar Sache aller Christen ist, dessen Verkündigung aber der besondere Beruf der amtlich Beauftragten ist, B. 20. Hiernach ruht also die Bedeutung des amtlichen Thuns in dem göttlichen Ursprung und Inhalt des von den Amtsträgern verkündigten Wortes: das öffentliche Predigtamt ist demgemäß, wie die Thesis sagt, ein Amt des Wortes. Vergl. Art. Smalc., Anhang von Gewalt und Oberkeit des Papstes, Müller pag. 334; Luther in der Epistelpostille D. II. p. Epiph. Erl. Bd. 8, 28 und denselben im Bekenntniß vom Abendmahl Christi, Walch XX, 1378.

Thesis 2.

Wem das Amt des Wortes gegeben ist, dem sind damit alle Aemter verliehen, die durch das Wort in der Kirche ausgerichtet werden.

Anmerkung 1.

Nachdem wir in der 1. These gesehen, daß die Prediger das Amt des Wortes bekleiden, so fragt es sich nun: was heißt und bedeutet das? Wozu ist also ein Prediger, dem dies Amt verliehen ist, berechtigt? Die Antwort lautet zunächst allgemein: zu allem, was durch das Wort ausgerichtet wird.

Anmerkung 2.

2 Cor. 5, 19. heißt es: „Denn Gott war in Christo und versöhnete die Welt mit Ihm selber und rechnete ihnen ihre Sünden nicht zu und hat unter uns aufgerichtet das Wort von der Versöhnung.“ Dadurch, daß Christus uns, die wir durch die Sünde Himmel und Seligkeit verschert hatten, mit Gott versöhnt hat, indem Er um unserer Sünde willen gestorben und um unserer Rechtfertigung willen auferweckt ist, hat Er uns die Thore des Himmelreichs wieder geöffnet. Damit wir nun aber in den geöffneten Himmel eingehen können, hat Er unter uns aufgerichtet das Wort von der Versöhnung, dessen öffentliche Verkündigung — nach Thesis 1, Anm. 2 — der besondere Beruf der amtlich Beauftragten ist. Dies Amt nun nennt der Herr die Schlüssel des Himmelreichs Matth. 16, 19. Die Uebergabe der Schlüssel ist das Symbol einer gewissen anvertrauten übergebenen Macht, denn wer die Schlüssel hat, der hat zu allem Zugang. Wenn nun Christus die Schlüssel Petro und dessen Amtsnachfolgern, zur öffentlichen Verwaltung im Namen der Kirche, gegeben hat, so lehrt Er damit, daß Er sie zu seinen Verwaltern und Haushaltern bestellen wolle, den Würdigen die Schätze zu öffnen und sie zum Besitz und Gebrauch derselben zuzulassen, den Unwürdigen aber zu verschließen und selbige vom Reiche Gottes zurückzuweisen. Halten wir aber fest, daß Amt des Wortes und Schlüssel des Himmelreichs identisch sind, so finden wir, daß mit den Schlüsseln des Himmelreichs jene Dienstverrichtung, Gewalt und Machtvollkommenheit verliehen wird, vermöge deren alles verrichtet wird, was für das Reich Christi oder zur Regierung der Kirche nöthig ist, mit andern Worten: wer das Wort öffentlich zu verwalten hat, der hat damit auch das Recht empfangen, alles zu verrichten, was durch das Wort getrieben wird. Unsere Thesis muß demnach richtig sein.

Anmerkung 3.

So schreibt unser theurer Vater Luther: „So das Amt des Wortes einem verliehen wird, so werden ihm auch verliehen alle Aemter, so durch das Wort in der Kirchen werden ausgerichtet.“ (Sendschreiben an den Rath und Gemeinde zu Prag vom Jahre 1523, Walch X, 1862). Melancthon: „Es ist offenbar, daß in der heiligen Schrift die kirchliche Gewalt und die Schlüssel eins und dasselbe bedeuten“ (Corpus Reformat.

XII, 494). Matth. Flacius: „Nun aber enthalten und begreifen die Schlüssel alle rechtmäßige Gewalt und Macht des Kirchenregiments, etwas zu thun oder zu lassen, was weder geleugnet werden kann, noch geleugnet zu werden pflegt.“*) Nur der Pabst und die päpstlichen Bischöfe haben ihre *casus reservati*, in denen andere nicht valide fungiren können. So schreibt hierüber M. Chemnitz: „Dieselbe Bewandniß hat es mit den vorbehaltenen Fällen; in der alten Kirche nämlich übertrug man die Beurtheilung schwerer Verbrechen, welche die Strafe der Excommunication nach sich zogen, den Bischöfen, damit nach ihrem Rathe den Schuldigen ein bestimmtes Maß öffentlicher Buße zu deren Besserung und zur Erbauung der Kirche auferlegt würde. . . Daraus machte man später die *casus reservati*, in welchen das Wort Gottes einen bußfertigen Sünder durch keinen Prediger, möchte derselbe auch ordentlich berufen sein, absolviren könnte; nur der Bischof oder der römische Pabst dürfe dies thun, eine Einrichtung, die nicht etwa um der Ordnung oder der Disciplin wegen gemacht war, sondern weil die Vollmacht, Sünden zu vergeben, angeblich im Pabst ruhen sollte, nach dessen Willkür sie auf die Kirchendiener niedrigerer Ordnung übertragen werde. Als ob das Wort Gottes nur dann Sünden vergeben könnte, wenn, insofern und im Falle ihm die aus dem päpstlichen Hergschrein abgeleitete Gewalt beizuhelpe! Die Macht und Kraft des Wortes Gottes soll also nach den verschiedenen Graden derer, von denen es verwaltet wird, verschieden sein, so daß es durch einige nur kleine, durch den Pabst aber alle, auch die größten Sünden vergeben könne. . . Das ist aber erfunden worden, um die Macht des Antichrists zu befestigen.“†)

*) Jam vero continent sive complectuntur claves omnem legitimam vim atque potestatem ecclesiastici regiminis, sive agendi aliquid, sive omittendi. Quod negari nec potest nec solet. (Demonstrat., quod electio praesul. et episc. non ad ecclesiast. solum, sed et ad laicos pertineat. p. 56.)

†) Eadem ratio etiam est de casibus reservatis; in veteri enim ecclesia enormia crimina, quibus censura excommunicationis annexa est, referebantur ad Episcopos, ut de ipsorum consilio certa ratio publicae poenitentiae reis ad ipsorum emendationem et Ecclesiae aedificationem imponeretur. . . Inde postea facti sunt casus reservati, in quibus V. D. peccatorem poenitentiam agentem per nulum ministrum, quantumvis legitime vocatum, absolvere possit, nisi id faciat vel Episc. vel Romanus Pontifex: idque non disciplinae vel ordinis causa, sed ideo quod plenitudo potestatis remittendi peccata resideat in Papa, juxta cuius arbitrium illa derivetur in inferiores ministros. Quasi V. D. non remittere possit peccata, nisi ubi, in quantum et in quibus casibus ipsi assistat potestas ex scrinio pectoris Pontificii derivata. Verbi igitur Dei vis et potentia pro differentia eorum, a quibus administratur, variabitur, ita ut per quosdam tantum parva peccata remittere possit, per Papam vero possit quaevis et maxima. . . Sed ad stabiliendam Antichristi tyrannidem illa conficta sunt. (Exam. Conc. Trident. loc. X, Sess. XIV, Can. XI, f. m. 456 A.)

Thesis 3.

Die mit dem Amte des Wortes (im engeren Sinne) verliehenen Rechte sind: die Gewalt, das Evangelium zu predigen, die Sacramente auszutheilen und die Gewalt eines geistlichen Gerichtes.

Anmerkung 1.

Die vorige Thesis hatte uns bewiesen, daß mit dem Amte des Wortes alles dasjenige verliehen wird, was durch das Wort ausgerichtet wird. So entsteht jetzt die Frage: Was wird denn durch das Wort ausgerichtet? Welches sind die Rechte eines zum Predigtamte Berufenen? Wenn wir in Parenthesis hinzusetzen „im engeren Sinne“, so wollen wir darauf hinweisen, daß es wesentliche und abgeleitete Rechte des Predigtamtes gibt, deren letztere zum Predigtamt im weiteren Sinne gehören, wovon unten Thesis 7 handelt. Unsere vorliegende These ist aus Walther, Die Stimme unserer Kirche 2c. Theil 2, Thesis V, S. 243 genommen.

Anmerkung 2.

Alle Wesenstheile des Amtes am Wort lassen sich unter die genannten Gewalten subsumiren. Matth. 28, 19. 20.; Joh. 20, 21. 23.; Joh. 21, 15. 16.; 1 Cor. 4, 1. Siehe Walther, a. a. O.

Anmerkung 3.

Daß die angegebenen Gewalten die wesentlichen Theile des Predigtamtes sind, bezeugen unsere Bekenntnisse zum öfteren. So heißt es in der Augsb. Conf. Art. 28: „Nun lehren die Unsern also, daß die Gewalt der Schlüssel oder Bischöfen sei laut des Evangeliums ein Gewalt und Befehl Gottes, das Evangelium zu predigen, die Sünde zu vergeben und zu behalten und die Sacramenten zu reichen und zu handeln. . . Denselben Gewalt der Schlüssel oder der Bischöfen übet und treibet man allein mit der Lehre und Predigt Gottes Worts und der Handreichung der Sacrament gegen vielen oder einzelnen Personen, darnach der Beruf ist. . . Deshalb ist das bischöfliche Amt nach göttlichen Rechten: das Evangelium predigen, Sünd' vergeben, Lehr urtheilen, und die Lehr, so dem Evangelium zuwider ist, verwerfen und die Gottlosen, deren gottlos Wesen offenbar ist, aus christlicher Gemeinde ausschließen, ohne menschliche Gewalt, allein durch Gottes Wort.“ (Müller, S. 63. 64.) Vergl. Apol. Conf. Aug. Art. 28, Müller 288; Schmalk. Artik. S. 340 u. a. m.

So schreibt ferner Polyk. Leyser in der Evangelienharmonie: „Wie es das Amt jemandes ist, der von einem Könige die Schlüssel der Stadt empfangen hat, wenn er seinem Könige treu sein will, die wahren Bürger innerhalb der Mauern aufzunehmen, den Bürgern nicht seine, sondern des Königs Befehle vorzulegen, dafür zu sorgen, daß die Bürger Nahrung und

Kleidung haben, die, welche nicht nach den Gesetzen der Stadt leben wollen, wieder aus der Stadt hinauszuerwerfen . . . , so findet sich, daß auch die Gewalt der Schlüssel des Himmelreichs ungefähr in diesen Hauptstücken besteht. Denn es ist das Amt der Kirchendiener, erstlich durch die Taufe als durch das Sacrament der Aufnahme . . . in die Kirche aufzunehmen. Zweitens ist es ihr Amt, den bereits Aufgenommenen nicht menschliche Träume, nicht die Lehrlätze der Philosophen, nicht die Concilienbeschlüsse, sondern die Lehre Christi vorzulegen. . . Drittens müssen sie sich auch Mühe geben, daß die Gläubigen durch Gebrauch des Tisches des HErrn mit lebendigmachender Nahrung des neuen Menschen gespeist und getränkt werden. . . Viertens wenn aber Einige den Frieden der Kirche stören und entweder durch Irrlehren oder durch gottloses Leben Andern zum Aergerniß sind und keine Ermahnung annehmen wollen, so müssen sie sie von der Gemeinschaft der Heiligen ausschließen und aus der Kirche hinausthun, jedoch wenn sie durch Buße zurückkehren und das Aergerniß abgeben haben, sie wieder zur Gemeinschaft zulassen. *)

So schreibt endlich M. Chemnitz: „Dieses Amt hat aber eine von Gott verliehene Macht, 2 Cor. 10., aber eine solche, die durch gewisse Pflichten und Grenzen umschrieben ist, nämlich das Wort Gottes verkündigen, die Irrenden belehren, die Sündigenden bestrafen, die Trägen ermahnen, die Knechtlichen trösten, die Schwachen aufrichten, den Widersprechenden widerstehen, falsche Lehre prüfen und verdammen, die Vergehen in den Sitten bestrafen, die von Gott eingesetzten Sacramente verwalten, Sünden vergeben und behalten, ein Vorbild der Heerde zu sein, sowohl privatim für die Gemeinde beten, als auch die öffentlichen Gebete in der Kirche vorsagen, die Sorge für die Armen übernehmen, die Halsstarrigen öffentlich in den Bann thun, aufnehmen und mit der Gemeinde versöhnen, die Kirchendiener einsetzen nach der Vorschrift Pauli. . . Denn das ist, was zu jenen zwei Hauptstücken gehört, nämlich zu der Gewalt, das Evangelium pre-

*) Nam quemadmodum qui a rege aliquo claves civitatis consecutus est, eius muneris est, si regi suo fidelis esse velit, veros cives intra moenia excipere, civibus non sua, sed regis sui mandata proponere, curare, ut cives habeant victum et amictum; eos qui secundum leges rei publicae vivere nolunt, ex civitate rursus ejicere . . . : in his fere capitibus etiam potestas clavium regni coelorum comprehensa deprehenditur. Nam ministorum est primum, per baptismum, tamquam per sacramentum initiationis, intra ecclesiam recipere. . . Deinde eorum est, jam receptis imponere et inculcare non humana somnia, non philosophorum placita, non conciliabulorum decreta, sed Christi doctrinam. . . Tertio dent etiam operam, ut vere fideles usu mensae Dominicae cibentur et potentur vivifica alimonia novi hominis. . . Quarto, si qui vero pacem Ecclesiae turbant et vel erronea doctrina, vel impia vita aliis scandalo sunt, nec ullam admonitionem admittere volunt, eos a communione sanctorum excludant et ex Ecclesia ejiciant; si tamen per poenitentiam revertantur et scandalum deprecari fuerint, eosdem ad communionem rursus admittant. (Harm. ev. cap. 85. p. 1626.)

digen und Sacramente zu reichen und zu der Gewalt des geistlichen Gerichtes.“*)

Die Dogmatiker nennen diese doppelte Gewalt der Prediger die *potestas ordinis* und die *potestas jurisdictionis*. (Siehe Gerhard, loc. de min. eccles. § 192.)

Thesis 4.

Ordentlicher Weise ist die Gemeinde, welche das Berufungsrecht hat, nicht nur bis ans Ende der Tage an das Predigtamt gebunden, sondern sie darf dasselbe auch nicht verstümmeln, d. h. sie muß alle wesentlichen Theile desselben miteinrichten.

Anmerkung 1.

Ein Amt des Wortes, seine Träger zu allen durch das Wort auszu-richtenden Aemtern berechtigend, nämlich zur öffentlichen Predigt, zur öffentlichen Verwaltung der heiligen Sacramente und zur Ausübung eines geistlichen Gerichtes: das ist, wie wir sahen, das heilige Predigtamt. Da wir hier von dem Predigtamt reden, wiefern es in Beziehung zur Gemeinde steht, so ist jetzt für unsern Zweck nothwendigerweise die Frage zu beantworten: In welchem Verhältnisse steht die Gemeinde, für welche und durch welche das Predigtamt ja besteht, sowohl im Allgemeinen zu demselben, als auch zu seinen einzelnen Wesenstheilen? die Thesis giebt die Antwort.

Anmerkung 2.

Die Gemeinde, d. i. die unsichtbare Versammlung der Gläubigen, deren sichtbare Repräsentanten naturgemäß die stimmberechtigten Glieder sind, hat die Schlüssel und das geistliche Priestertum principaliter et immediate (Art. Smal. 1. Anh. Müller 333) vom Herrn empfangen. Matth. 18, 15—20.; 1 Petr. 2, 5—10. Nun aber werden die Schlüssel öffentlich vom Predigtamt verwaltet (Thes. 2, Anm. 2). Folglich ist die Gemeinde es auch und kann nur sie es sein, durch deren Wahl, Beruf und Sendung das Predigtamt gewissen dazu tüchtigen Personen übertragen wird. Ap. Gesch.

*) Hoc vero ministerium potestatem habet divinitus concessam, sed illam certis officiis et limitibus circumscriptam: praedicare scl. verbum Dei, errantes docere, peccantes corripere, segnes hortari, anxios consolari, infirmos erigere, contradicentibus resistere, falsam doctrinam taxare et damnare, vitia morum arguere, sacramenta divinitus instituta dispensare, peccata remittere et retinere, esse exemplar gregis, orare pro ecclesia et privatim et publicas preces ecclesiae praeire, pauperum curam agere, contumaces publice excommunicare, et vicissim resipiscentes recipere et ecclesiae reconciliare, instituere ministros ecclesiae iuxta Pauli praescriptum. . . Haec enim sunt, quae ad duo illa capita pertinent, ad potestatem scl. ordinis et potestatem jurisdictionis. (Exam. loc. XIII. Sect. 1 fol. m. 474 A.)

1, 15—26.; 6, 1—6. Daher schreibt Quenstedt: „Unter ‚Schlüssel‘ wird die Kirchengewalt verstanden, wovon das Recht, Kirchendiener zu berufen und zu bestellen, ein Theil ist.“*)

Anmerkung 3.

Die Gemeinde ist ordentlicherweise bis ans Ende der Tage an das Predigtamt gebunden — heißt es in der Thesis. Das wird bewiesen nicht nur aus der göttlichen Stiftung des Predigtamtes überhaupt, Ap. Gesch. 20, 28.; 1 Cor. 12, 28. 29.; Ephes. 4, 11., sondern auch aus Christi Befehl, daß das Apostelamt bis ans Ende der Tage währen soll. Matth. 28, 19. 20.: „Gehet hin und lehret alle Völker — — und lehret sie halten alles, was ich euch befohlen habe. Und siehe, ich bin bei euch alle Tage bis an der Welt Ende.“ Also muß auch die Gemeinde bis ans Ende der Tage das öffentliche Predigtamt unter sich aufrichten und an dasselbe gebunden sein.

Anmerkung 4.

Das letztere allerdings nur ordentlicher Weise.†) Denn abgesehen davon, daß den Gemeinden das öffentliche Predigtamt in dieser letzten betrübten Zeit leicht genommen werden könnte, so giebt es auch Nothfälle, in welchen die Ordnung des heiligen Amtes nicht inne gehalten werden kann und soll. In solchen wirklichen Nothfällen kann jeder Christ das Wort verkündigen, absolviren, taufen, ja auch Abendmahl austheilen, und zwar sind dann diese Handlungen durchaus ebenso gültig und kräftig, als wenn sie durch einen ordinirten Pfarrer ausgeführt werden. Freilich muß jeder, der so von der Ordnung abweicht, auch wissen, warum er das thue. Der Grund dafür aber ist kein anderer, als der, den Gottes Wort selbst angibt, daß nämlich die Liebe des Gesetzes Erfüllung sei. Wer den Grund nicht weiß und thut's doch, auf's Geradewohl hin, der sündigt wider das Gewissen und mißbraucht seine christliche Freiheit. Uebrigens ist auch wohl zu bedenken, daß im Nothfalle von Gottes Ordnung nur so lange und so weit abgewichen werden darf, so lange und so weit der Nothfall vorhanden ist. Ein Fortfahren im Brechen der Ordnung ohne Noth mit Berufung auf die Liebe wäre eben nur Eigenwille und Verachtung der göttlichen Ordnung und Majestät, welche solche Ordnung gestellt hat. Es muß also wohl bei dem bleiben, was Luther schreibt: „Ja, viele dürfen auch wohl herausfahren und sagen: Was dürfen wir mehr der Pfarrer und Prediger, können wir doch selbst daheim lesen? Gehen also sicher dahin und lesen es daheim auch nicht. Oder wo sie es schon daheim lesen, so ist es doch nicht so

*) Per claves intelligitur potestas ecclesiastica, cuius pars est jus vocandi et constituendi ecclesiae ministros. (Theol. did. - pol. P. IV, c. 12. s. 2. p. 402.)

†) Um ein vorhandenes Mißverständniß aufzuheben, war es nothwendig, auf diesen Gegenstand etwas näher einzugehen.

fruchtbar noch so kräftig, als kräftig das Wort ist durch die öffentliche Predigt und den Mund des Predigers, den Gott dazu berufen und geordnet hat, daß er dir's sagen soll.“ (Hauspostille D. VIII p. Trin. Balch VIII, 1816 s.) Was hier aber von der öffentlichen Verkündigung des Evangeliums gesagt wird, das gilt offenbar auch von der Predigt des Evangeliums an den einzelnen Sünder, oder von der Privatabsolution. Wenn freilich auch nicht geleugnet werden soll, daß die Absolution das Evangelium ist, welches alle Christen als geistliche Priester jederzeit zu verkündigen berufen sind, so müssen wir doch ebenso entschieden festhalten, daß überall da, wo die Absolution einen gewissen öffentlichen Charakter trägt, Laien nur im Nothfall absolviren sollen, widrigenfalls sie in Gottes Ordnung greifen. So sagt Luther: Andere Christen, ob sie gleich das Amt nicht haben, dennoch im Falle der Noth haben sie auch Befehl, dich zu trösten, wenn du um deiner Sünde willen verzagt bist.“ (Hauspost. D. XIX p. Trin. Erlang. Ausg. III, 114.) Und an einer andern Stelle: „Wir haben wohl alle Gewalt, Beichte zu hören, aber niemand soll sich vermessen, dieselbe öffentlich zu üben, denn der dazu von der Gemeinde erwählet ist. Heimlich aber mag ich sie wohl brauchen, als wenn mein Nächster kommt und zu mir spricht: Lieber, ich bin beschweret in meinem Gewissen, sage mir eine Absolution, so mag ich das frei thun. Aber heimlich, sage ich, muß das geschehen.“ (Kirchenpost. D. Quasimodogen. Erl. Bd. XI, 348.)

Anmerkung 5.

Auf den Gebrauch des Predigtamtes, welches Gott eingesetzt hat und in der Kirche erhält, ist die Gemeinde aber auch darum hingewiesen, weil durch dies Amt den Menschen ewige Güter gegeben werden 2 Cor. 10, 4. ff.; 13, 3. 4. Da nun aber das Predigtamt ein Amt des Wortes ist und durch das Wort jene himmlischen Güter vermittelt werden (Thesis 1, Anm. 2); da ferner Predigt, Sacramente reichen und geistliches Gericht ausüben, wesentliche Theile des Amtes am Wort sind, also durch die einzelnen Theile ebensowohl wie durch das ganze Amt Gott die Menschen aufnimmt, von der Sünde, vom Tode und von der Gewalt des Teufels sie errettet und das ewige Leben ihnen mittheilt, so folgt daraus, daß die Gemeinde das Predigtamt unverstümmelt, d. h. alle wesentlichen Theile desselben miteinrichten muß. Würde also eine Gemeinde, vorausgesetzt, daß sie nur einen Prediger hat, demselben zwar z. B. das Amt, das Evangelium durch die öffentliche Predigt zu verkündigen, übertragen, ihm aber unter keinen Umständen gestatten, zu taufen, das heilige Abendmahl zu verwalten, zu absolviren und das Gesetz zu treiben, so würde sie das Amt verstümmeln, was sie weder darf, noch giltig zu thun im Stande ist, wie wir weiter unten noch sehen werden. Ohne die Predigt ist nämlich kein Glaube möglich, Röm. 10, 14.; ohne die Taufe ist ein Erwachsener in

steter Gefahr, in jeder Anfechtung Schiffbruch zu leiden, und was die Kinder anbetrifft, so ist die Taufe für dieselben das einzige Gnadenmittel. Marc. 10, 15. 16., vergl. Joh. 5, 4.; 1 Petr. 3, 21.; Gal. 3, 27.; Ephes. 5, 23. u. a. m. Der Endzweck des heiligen Abendmahls aber ist vor allen Dingen, die Vergebung der Sünden zu versiegeln Matth. 26, 28.; den ach so oft wankenden Glauben zu stärken; die brüderliche Liebe und die Einigkeit des Bekenntnisses zu fördern, 1 Cor. 10, 17. Kann eins dieser Gnadenmittel, die etwa nicht zusammen genommen die Schlüssel ausmachen, sondern deren jedes gewiß und wahrhaft ebenso gut wie jedes andere Gnadenmittel den Himmel dem bußfertigen Sünder erschließt, fehlen, weggelassen werden, ohne den Menschen in die allergrößte Seelengefahr zu bringen? Gewiß nicht. Es liegt also auf der Hand: weil die Gemeinde das Amt des Wortes aufzurichten muß, darum muß sie auch alle wesentlichen Theile desselben miteinrichten.

Anmerkung 6.

Ein kurzes Zeugniß Joh. Gerhard's möge hier noch Platz finden. Derselbe schreibt: „Die Nothwendigkeit (des Predigtamtes) hängt von der göttlichen Ordnung ab; denn es hat Gott gefallen, durch die thörichte Predigt selig zu machen, die daran glauben, 1 Cor. 1, 21., und dieses Wohlgefallens Folge ist die Abhängigkeit jener höchsten und köstlichsten Wirkung, nämlich die Bekehrung und Seligkeit der Menschen, von der Predigt des Evangeliums und daher auch von dem Kirchenamte, und der unzertrennliche Zusammenhang beider, Röm. 10, 14.; Ephes. 4, 11. 12.; 1 Tim. 4, 10. Daher sie auch in Obadiah Heilande genannt werden.“*)

Thesis 5.

Die Gemeinde kann Stufen (*τάξεις, τάγματα*) des Einen Amtes am Wort einrichten, d. h. sie kann die Ordnung treffen, daß dieser diesen, jener jenen Theil des Predigtamtes zu besorgen hat; es geschieht dies aber nur *de iure humano*.

Anmerkung 1.

Den aus den vorhergehenden Thesen abgeleiteten Grundsatz festhaltend, daß alle wesentlichen Theile des Amtes von der Gemeinde müssen eingerichtet werden, sind wir doch zu der Frage berechtigt: Ist nun die Gemeinde verpflichtet, alle Theile des Amtes zusammen von einer Person ausrichten zu lassen? Die Antwort lautet nach dem obigen Satze: nein.

*) *Necessitas (min. eccl.) dependet ex divina ordinatione; placuit enim Deo per stultam praedicationem salvos facere credentes (1 Cor. 1, 21.), cuius εὐδοκίας consequens est effectus illius summi et preciosissimi, conversionis scilicet et salutis hominum, a praedicatione evangelii ac proinde etiam a ministerio ecclesiastico dependentia et necessaria utriusque connexio. . . Unde etiam in Obadiah vocantur "servatores". (Loc. de min. eccles. § 3.)*

Anmerkung 2.

Von der apostolischen Vorschrift 1 Cor. 14, 40. ausgehend, daß in der Kirche alles ehrlich und ordentlich (*κατὰ τάξιν*) zugehen solle, traf man in der alten lutherischen Kirche, zumal in großen Parochien, die Ordnung, daß gewisse Personen lediglich für gewisse Functionen des heiligen Amtes bestimmt wurden. So hatte man Nachmittagsprediger, Hilfsprediger, Diakonen, Archidiaconen, Subdiaconen, sogenannte Katecheten *ıc. ıc.*, die zum Theil nur predigten, oder nur taufte, begruben, traueten, Beichte hielten, das heilige Abendmahl verwalteten u. s. w. — lauter Ordnungen, die auch in der alten Kirche nur unter anderen Namen bekannt waren. Auch jetzt noch ist es in größeren Gemeinden oft nöthig und heilsam, solche Stufen in den Verrichtungen des Predigtamtes einzurichten, wie denn ja auch in vielen unserer Gemeinden in America neben dem Hauptprediger oder Senior noch ein oder mehrere Hilfsprediger (Collaboratoren) stehen, die sich in die Besorgung der verschiedenen Functionen des Amtes getheilt haben. Eine solche Ordnung ist nun keineswegs erst im Laufe der geschichtlichen Entwicklung der Kirche nothwendig geworden, sondern wurde schon in der apostolischen Zeit durch die heiligen Apostel selbst sanctionirt und in der Kirche eingeführt. Der Apostel erwähnt Ephes. 4. neben Propheten und Lehrern Hirten, welche einer bestimmten Heerde der Gemeinde vorgesetzt waren 1 Pet. 5, 1. 2., und also nicht bloß lehrten, sondern auch die heiligen Sacramente verwalteten und Seelsorge übten; auch Lehrer, welche einfach dem Volke die Lehre vortrugen, dergleichen später die Katecheten waren, Röm. 2, 20.; Ebr. 5, 12. Alle Stufen begreifen die Apostel unter dem Namen des Episcopates, oder, was dasselbe ist, des Presbyteriums. Wenn auch die Gemeinde Verschiedenen verschiedene Theile des Predigtamtes zur Besorgung übertragen darf, so überträgt sie doch thatsächlich jedem einzelnen das Schlüsselamt, da jeder durch den Theil des Amtes des Wortes, welchen er verwaltet, den Himmel aufschließt, also auch jedem das Amt des Wortes, das Predigtamt selbst. Doch vergleiche hierüber die folgende These.

Anmerkung 3.

Von der größten Wichtigkeit ist es, festzuhalten, daß es kein Gebot Gottes ist, daß, welche und wie viele Stufen oder Ordnungen im heiligen Amte sein sollen. Wäre eine dergleichen Ordnung *de jure divino*, wie dies das antichristliche Papstthum lehrt,*) so wären wir natürlich an die Stufen gebunden, welche von den Aposteln in der ersten Kirche eingeführt wurden. Aus den Briefen Pauli aber, die an verschiedene Gemeinden geschrieben sind, können wir sehen, daß zu der Apostel Zeiten nicht in allen Gemeinden und

*) Si quis dixerit, praeter sacerdotium non esse in ecclesia catholica alios ordines et majores, et minores, per quos, velut per gradus quosdam, in sacerdotium tendatur, anathema sit. (Conc. Trident. ed. Dr. Smets, p. 124.)

immer dieselben und ebenso viele Stufen und Ordnungen gewesen seien. Dieselben waren frei, und man nahm bei ihrer Einrichtung nur Rücksicht auf Ordnung, Wohlstandigkeit und Erbauung. War es aber zu der Apostel Zeit frei, so wird es auch jetzt noch so sein. Die Einrichtung also, daß man auch jetzt noch diesem dieses, jenem jenes Stück des Predigtamtes zur Besorgung überträgt, ist eine menschliche, wenn auch gute, heilsame und oft nothwendige Ordnung.

Anmerkung 4.

Unsere Kirche bekennet in den Schmalkaldischen Artikeln: „Hier lehret Hieronymus, daß solcher Unterschied der Bischöfen und Pfarrherren aus menschlicher Ordnung kommen sei, wie man denn noch im Werk siehet.“ (Anh. Müller p. 341.) Wenn aber hiernach der Unterschied zwischen Kirchenregiment und Pfarramt menschliche Ordnung ist, wie viel mehr dann der Unterschied zwischen Predigern, die an einer und derselben Gemeinde stehen, mögen sie immerhin vermöge ihrer Functionen eine höhere und niedere Titulatur tragen!

Wir erlauben uns noch, hier auf die lichtvolle Behandlung dieses Gegenstandes in Martin Chemnitz' Examen Concil. Trident. zu verweisen. Nachdem Chemnitz die Amtsgrade in der apostolischen und alten Kirche genannt und nachgewiesen hatte, daß dieselben durchaus frei, nur um der Ordnung willen eingerichtet worden seien, fährt er fort: „Ganz ebenso, zu demselben Zwecke und mit derselben Freiheit werden die meisten jener in der alten Kirche üblichen Grade auch bei uns inne gehalten.“ Und weiter unten: „das dritte, was wir in der Lehre der Päpstlichen von den Graden verwerfen, ist dieses, daß sie vorgeben, nach Christi Einsetzung und Befehl, und nach der Ueberlieferung der Apostel sei es nothwendig, daß so viele Grade in den einzelnen Kirchen seien. Denn oben haben wir das Gegentheil aus der apostolischen Geschichte bewiesen. Und die Väter, zu deren Zeit eine solche Vertheilung der Grade des Kirchenamtes bestand, bekennen ausdrücklich, dieselbe beruhe nicht sowohl auf einem göttlichen Befehl, als auf apostolischer Tradition.“*) Die Schriftlehre, die Geschichte der Kirche, und die Natur der Sache sind ebenso viele Proteste gegen die leider auch von sogenannten Lutheranern adoptirte Irrlehre von dem angeblich nach göttlichem Rechte bestehenden Unterschied der Amtsgrade.

(Fortsetzung folgt.)

*) *Hac vero ratione, in hunc usum, et ea libertate, plerique illi veteris Ecclesiae gradus apud nos etiam servantur. . . . Tertium, quod in Pontificiorum doctrina de Ordinibus improbamus, illud est, quod fingunt, ex institutione et mandato Christi et ex Apostolorum traditione necessarium esse, ut tot ordines sint in singulis ecclesiis. Antea enim diversum ostendimus ex Apostolica historia. Et patres, quorum aetate fuit talis ministerii ecclesiastici distributio, expresse fatentur, illam non esse vel mandati divini, vel traditionis Apostolicae. (Exam. loc. XIII, sect. 2. cap. 2. f. m. 477 A. 478 A.)*

(Eingefandt von Pastor Wagner in Ratibor.)

„Christus der neue Gesetzgeber“,

wichtigste Grundlage der „motivirten Anträge“ Dr. Huschke's über Ehescheidung.

„Ihr Wort frist um sich wie der Krebs.“ 2 Tim. 2, 17.

Die Anträge, deren Besprechung den größten Theil der Verhandlungen der letzten Generalsynode der „evangelisch-lutherischen Kirche in Preußen“ (soll heißen, der unter dem Breslauer Ober-Kirchen-Collegium stehenden Synode) eingenommen hat, betreffen die biblische Lehre von der Ehescheidung. Gewiß ein Gegenstand, der der gründlichsten Behandlung auf einer lutherischen Synode wohl werth ist, für welchen jeder Christ, dem die ganze Schrift wahrhaft als Gottes Wort gilt, von Herzen wünschen muß, daß es ihr gelinge, das Wort Gottes in dieser Sache zur vollen Anerkennung zu bringen. Denn wem wäre nicht bereits ein Schrecken angekommen bei der Wahrnehmung, welch heillose Verwirrung in Betreff dieser Lehre unter den Theologen unsrer Tage herrscht, welch freche Verachtung der dafür in der Schrift gegebenen ewig gültigen Normen sich in den meisten staatlichen Gesetzgebungen kundgibt, und mit welcher unbegreiflichen Leichtfertigkeit die Praxis der meisten lutherischen Landeskirchen diesem Exempel des Staats folgt! Wenn man nun aber die von Dr. Huschke der Synode gedruckt vorgelegten „motivirten Anträge wegen der aufzustellenden Eherechtsgrundsätze“, auf deren Grund die Verhandlung geführt wurde, liest, so weiß man nicht, ob man sich mehr über den darin angekündigten Ernst, sich dem Worte Christi in Betreff dieser Lehre unbedingt unterwerfen zu wollen, freuen soll, oder mehr betrüben über die gesetzhiche Befangenheit des Antragstellers, die dem Worte Christi nicht anders zur unbedingten Gültigkeit verhelfen zu können glaubt, als dadurch, daß sie unsern Mittler wiederum zu einem neuen Gesetzgeber macht und seine Kirche abermals zu einer Gesetzesanstalt, sowie über die Leichtfertigkeit, mit der man sich schließlich doch wieder der unbedingten Gültigkeit des Wortes Christi für alle Menschen durch einige geschickt angebrachte Hintertüren zu entziehen weiß. Gott Lob! wir sind nicht gesonnen, wo uns Gottes Gesetz durch Christi Mund, wie in der Bergpredigt und in seinen Antworten an die Phariseer (Matth. 5, 31. 32.; 19, 3—12.; Marc. 10, 2—12.; Luc. 16, 18.), klar für alle Menschen ausgelegt vorliegt, uns dem Gehorsam gegen dieselbe durch Unterschlebung eines bloßen sogenannten Principis, nach Art der modernen Theologie zu entziehen und es trifft also die von Huschke und seinen Schülern ihren Gegnern Schuld gegebene Rede: „man brauche Matth. 5, 32. nicht so genau und buchstäblich zu befolgen, denn Christus sei ja kein Gesetzgeber“, uns wenigstens nicht; aber eben so wenig lassen wir uns beikommen, nach Art der Breslauer Theologie den längst von unsrer Kirche verworfnen römischen Satz, daß Christus als neuer Gesetzgeber neue Gesetze über die Ehe gegeben habe, aufs neue in die lutherische

Kirche einzubringen; und nun vollends die Lehre von einem Gesetzgeber, dessen Vollmacht sich nur auf ein kleines Häuslein Menschen erstreckt, und nicht einen Schritt weiter reicht, als es dem ehebrecherischen und unschlagigen Geschlechte dieser Tage beliebt, dieselbe anzuerkennen! Nein, was wir nach der Schrift als Christi wahren Ausspruch über die Eheordnung erkannt haben, dafür fordern wir von allen Menschen unbedingte Unterwerfung als unter Gottes ewig gültiges Gesetz, unbekümmert darum, ob sie dasselbe verachten oder verlachen. Diesen ganzen Ernst, den die Missouri-Synode mit Gottes heiligen Ehegeboten an alle Menschen macht, hat sie in einigen Fällen, wo sie vor allen Dingen die Auflösung von schriftwidrigen Verhältnissen und Wiederherstellung von unrechtmäßig geschiednen Ehen forderte, so nachdrücklich bewiesen, daß selbst der Hauptkämpfer für „Christi neue Ehegesetze“ auf der Breslauer Generalsynode nicht umhin konnte, sie deshalb einer allzu gesephtlichen Strenge zu beschuldigen. (Ohne Zweifel hatte er den in der November-Nummer des Jahrgangs 1870 von „Lehre und Wehre“ berichteten Fall im Auge). Man kann, wenn man diese wohlgemeinten Versuche der Rückkehr zur biblischen Eheordnung und doch diesen Mangel aller evangelischen Unterlage, ja selbst diese Kraftlosigkeit, nur der eignen gesephtlichen Theorie vollen Nachdruck zu geben, in der Breslauer Synode wahrnimmt, nicht anders als ausrufen: „und gehet gleich, als wenn die Kinder bis an die Geburt kommen sind, und ist keine Kraft da, zu gebären“, Jes. 37, 2. Als lutherisch möchte man sich gern beweisen und fordert darum mit Recht Unterwerfung unter Gottes klares Wort von der Ehe, und doch hat man es noch nicht so weit in der lutherischen Erkenntniß gebracht, daß man den unerläßlichen Unterschied zwischen Gesetz und Evangelium, ohne den ein Verständniß der heiligen Schrift nun einmal nicht möglich ist, zu fassen vermöchte! Neue, strengere Gesetze soll Christus über die Ehe gegeben haben, als Gott zuvor den Menschen gegeben hat, und doch hat man nicht den Muth, sie gegen irgend jemand geltend zu machen, als wie viele sich den Ordnungen seines engsten Reichs, der auch in diesem Stücke Christo gehorsamen Synode, freiwillig unterworfen haben; niemands Gewissen außerhalb derselben soll damit belastet werden, mit niemand wünscht man in unangenehme Berührung zu kommen!

Womit es dagegen der Breslauer Synode ein ganzer Ernst ist, das ist vielmehr, daß der gesephtliche Sauerteig der Pharisäer und Schriftgelehrten, der sie bereits um die lautere Lehre „von der Kirche“ gebracht hat, nun so schnell und kräftig wie möglich auch alle andern Artikel ihres Lehrsystems durchsäure; und dazu sollen denn die „motivirten Anträge“ Husche's nach Kräften mithelfen. Hat bereits das nun feierlich sanctionirte unterscheidende Bekenntniß der Breslauer Synode, die sogenannte „Öffentliche Erklärung“, zu der sie sich im vorigen Jahre abermals bekannt hat, aus der Kirche nur ein andres Volk des Gesetzes gemacht, welches sich von dem Volk des alten Testaments nur durch anders lautende Gesetze unterscheidet; steht es

ihr unzweifelhaft fest, daß „die Kirche doch auch eine äußere Polizei, d. i. ein äußerlich verfaßtes Reich ist“, fast so greifbar, wie das Königreich Frankreich und die Republik Venedig; was sollte sie da noch abhalten, nun auch Christum für den neuen Gesetzgeber dieses Volkes und Reiches zu erklären? Nein, wir müssen vielmehr sagen, daß, wenn dieser Satz fehlt, dem ganzen Bau seine Spitze, seine Krone fehlen würde. — Oder, wenn wir selbst den günstigeren Fall annehmen wollen, daß es diesmal den Meisten in Breslau weniger um jenen Irrthum, sondern in erster Linie wirklich um gehorsame Unterwerfung unter Christi Worte von der Ehe zu thun gewesen sei, so stellt sich so viel unwidersprechlich heraus: die Breslauer Synode ist ganz außer Stande, so lange sie sich nicht von ihrer falschen Lehre „von der Kirche“ reinigt, in irgend einer Lehrfrage etwas Ersprießliches zu Tage zu fördern; es wird auch das Beste, was sie zu leisten vermag, immer wieder von dem verderblichen Sauerteige pharisäischer Gesetzhlichkeit und Aeußerlichkeit angesteckt sein; darum können wir nur dem Urtheile Harleß' beistimmen: „Das ist mir gewiß, wenn im Gegensatz zu dem Ausdrücke ‚Princip‘ (den auch wir, wie bereits erklärt, in Bezug auf Christi Worte von der Ehe keineswegs billigen) von einem neuen ‚Gesetze Christi‘ geredet wird, man geradezu ein Hauptprincip der Reformation, einen Fundamentalartikel für das richtige Verständniß des Evangeliums, durchlöchert. Es hätte dahin nicht kommen können, wenn nicht bei dieser, wie bei andern Fragen, es Vielen, die sonst auf dem Boden der Kirche stehen wollten, ein Geringes deuchte, vermeintliche Fortschritte der Erkenntniß mit Preisgabe der allerwichtigsten Grundprincipien zu erkaufen. Wo das intelligere discrimen legis et evangelii angehört hat, da verzichte ich überhaupt auf die Möglichkeit einer Verständigung.“

Daß die Frage, ob die Ehe aus einem oder mehreren Gründen geschieden werden könne, — über die bekanntlich unsre Bekenntnisse nichts Ausdrückliches enthalten — von unsern Vätern bereits so beantwortet sei, daß nicht noch Vieles zu erörtern, vielleicht hie und da zu berichtigen nöthig sei, behaupten wir nimmermehr. Aber das Erste, was wir von Leuten, die heute die Kirche erst das richtige Verständniß von Christi Worten über diesen Gegenstand lehren wollen, fordern müssen, ist dies, daß sie sich zuvor darüber ausweisen, ob sie auch mit der lutherischen Kirche einhellig von Christi Mittleramt lehren. Fragen wir sie selbst darum, so scheinen sie sich in keinem Artikel ihrer Rechtgläubigkeit so versichert zu fühlen, als in diesem; sie glauben sie so unwidersprechlich nachgewiesen zu haben, daß sie am liebsten darüber kein Wort mehr verlieren: „Im Artikel von der Rechtfertigung gilt kein Gesetz, um so mehr im Gebiete des kirchlichen Lebens, in allen Materien der äußern Kirche, wozu auch die Ehesache gehört. Wenn gefragt wird, ob Christus Gesetze gegeben, durch die wir Vergebung der Sünden verdienen sollen, so antworten wir nein; wenn es sich aber darum handelt, in welchen Werken der Christ sich für die Gnade dankbar erweisen soll, so ist Christus

allerdings hiefür der Gesetzgeber. Will man uns deshalb einer Abweichung vom Bekenntniß beschuldigen, so wissen wir, gewißigt durch frühere Erfahrungen, was wir von solchen Schreckschüssen zu halten haben; denn bereits 1864 hat die Synode, als Einige ausdrücklich den Ausdruck, daß „Christus Gesetzgeber sei“, verworfen wissen wollten, auf Super. Nagels Ab-rathen hin solchem Verlangen nicht nachgegeben; daß sie sich übrigens hierin im völligen Einvernehmen mit dem lutherischen Bekenntniß weiß, versteht sich von selbst.“ So zuversichtlich auch solche Versicherungen des vollen Einvernehmens klingen, so verdanke uns doch niemand, wenn wir, gleichfalls gewißigt durch manche Erfahrungen, darauf nicht viel geben, sondern grade hier den eigentlich faulen Fleck am ganzen Breslauischen System erkennen.

„Einer ist euer Meister, Christus“, diese Worte ertönten nach langer Zeit auf der letzten Generalsynode wieder einmal aus Aller Munde, als man zur Besprechung der Anträge schritt; Er, an den uns der Vater gewiesen: „den sollt ihr hören“; Seinem Worte allein gilt es, die ihm gebührende Ehre ohne Ansehn der Person, auch der trefflichsten frühern Lehrer, zurückzugeben. In der That eine herrliche Lösung! Wer wollte sich wundern, wenn durch dieselbe von vornherein die Gemüther der meisten Deputirten für die Hufscheschen Anträge, durch die ja dies alles bewirkt werden sollte, gewonnen wurden? Allein ist denn diese Lösung so ganz gleichbedeutend mit der, die aus diesen Anträgen selbst herausklingt: dem neutestamentlichen Gesetzgeber muß seine ihm gebührende Ehre zurückgegeben werden?“ oder, wie Pastor Gräve die Sache noch anschaulicher machte: „Gleichwie es zur Reformationzeit galt, denen gegenüber, die die Versöhnung nicht in dem Einen Opfer Christi vollbracht sahen, sein hohepriesterliches Amt zu retten, so gilt es heute, für die Ehre seines königlichen Amtes einzutreten gegenüber allen denen, die Christo nicht die Machtvollkommenheit, seiner Kirche wirklich Gesetze aufzuerlegen, zuerkennen wollen?“ —

Also: „Christus der neue Gesetzgeber!“ Wohlgemerkt, nicht in dem Sinne, daß hier wieder einmal der redet, der bereits auf dem Berge Sinai geredet hat, und der freilich am besten lehren kann, was seiner damaligen Worte Bedeutung noch für heute und bis an den jüngsten Tag sei! O nein, nicht auf jenes in Sinai gegebene Gesetz bezieht sich Christi Versicherung: „Wer nun eins von diesen kleinsten Geboten auflöst und lehret die Leute also, der wird der Kleinste heißen im Himmelreich“, sondern auf eine Anzahl Gebote, die jetzt eben, und zwar im Gegensatz zu Moses Geboten, die Jüngerschaar zum ersten Male aus Christi Mund zu hören bekommen soll; geahnt mögen sie vorher bereits von der menschlichen Natur allerdings schon gewesen sein, auch auf sie als die Vollendung des Ganzen durch Moses Gesetz schon hingewiesen, aber vorhanden waren sie vorher noch keineswegs, geschweige denn für irgend jemand verbindlich, bevor sie nicht durch des neuen Gesetzgebers Mund feierlich promulgirt wurden; und darunter befindet sich auch das neue Ehegesetz, welches jetzt erst und nicht früher, Christus seiner Kirche

gegeben hat (p. 5.). Und wie die Einleitungsworte, so hat auch die Schlußbemerkung hinter der Bergpredigt die Bedeutung, die Christum in seinem Amte „als Gesetzgeber im eigentlichen Sinne“ vor Augen zu stellen: „er lehrte gewaltig (als einer, der Autorität hat) und nicht wie die Schriftgelehrten“; wo bliebe sonst der gewaltige Unterschied zwischen ihm und den Schriftgelehrten, wenn sein Amt, wie das ihrige, sich nur auf Auslegung des Gesetzes hätte beschränken müssen? Dies alles finden wir ausführlich erörtert in Gräve's Schusschrift für die „motivirten Anträge“ und zur Erweisung dieses Charakters der Bergpredigt werden denn eine ganze Schaar Helden der neuern Theologie, Tholuck, J. Müller u. ins Feld geführt; auch Delitzsch's Namen bemerken wir darunter.

„Christus, der neue Gesetzgeber!“ Für wen denn? Nach seinem königlichen Amte sind ihm ja alle Dinge unter seine Füße gethan, auch alle Fürstenthümer, Gewalt, Macht, Herrschaft, und alles, was genannt mag werden, Ephes. 1, 21. Da nun eben dies königliche Amt Christi durch obigen Satz besonders wieder zu Ehren gebracht werden soll, so giebt er seine neuen Gesetze doch ohne Zweifel als Gesetzgeber für alle Menschen, gleichviel, ob sie inner- oder außerhalb seines Gnadenreiches stehen? — Weit gefehlt: „Christus hat bei Gründung seines Reichs und nur für dieses ein neues Recht der Ehescheidung aufgestellt“, p. 9.; „Christus erklärte die Ehen nur in seinem Reiche unscheidbar“ (p. 10.); „gleichwie nun alle Gesetze und Ordnungen eines Reichs nur für Genossen desselben gegeben werden, so hat naturgemäß Christi Gebot über die Ehescheidung nicht auch Bezug auf Ehen, in denen der eine Theil nicht Christ ist, weil da von Seiten des andern Theils das Recht seines Religionskreises, das der Herzenshärte, und zwar dies auch nach Gottes Willen, sich geltend macht.“ „Nur für Ehen seines Reichs gilt der Ausspruch Christi in den Evangelien, d. h. die völlige Unlöslichkeit des Ehebandes, von Seiten des einen wie des andern Ehegatten, außer wegen Hurerei“ (p. 10.). Ja, „Christus hat dem, der nicht unter seiner Gnade steht, auch die Unauflöslichkeit der Ehe nicht befohlen“ (p. 11.). Wenn die Meinung einfach die wäre, daß thatsächlich Gottes Gesetz nur bei den wirklich unter der Gnade Stehenden zur vollen Anerkennung kommt und dem Anfang nach gehalten wird, so müßte jeder lutherische Christ von Herzen beistimmen; das ist aber durchaus nicht die Meinung; sondern dermaßen ist von vornherein die Gültigkeit des Ehegesetzes Christi nur auf die Grenzen seines Gnadenreiches beschränkt, daß es ein gewaltsamer Uebergriff in ein fremdes Rechtsgebiet wäre, wollten wir die ehelichen Verhältnisse außerhalb der Kirche nach der Norm des Ehegesetzes Christi beurtheilen; der draußen Stehende darf wirklich aus allen möglichen Gründen die Ehe lösen, „wie es ihm sein Recht der Herzenshärte zugesieht“ (p. 11.); und „wenn derjenige, für den das Recht seines Kreises der Herzenshärte gilt, sich nach seinem Rechte von Andern scheidet, so ist die Ehe auch wirklich gelöst“ (p. 10.). Ja, soweit lassen sich Christus und Paulus sogar herbei, daß sie „um der

Herzenshärtheit der Nichtchristen willen, sogar das Scheidungsrecht für dieselben ausdrücklich anerkennen“ (p. 12.). — Ich habe zwar von Paulo alle Geduld und Langmuth Gottes über die Sünder preisen gehört: „Und zwar hat Gott die Zeit der Unwissenheit übersehn; nun aber gebeut er allen Menschen an allen Enden, Buße zu thun, sintemal er einen Tag gesetzt hat, auf welchen er richten will den Kreis des Erdbodens mit Gerechtigkeit durch einen Mann, in welchem er es beschlossen hat“, Ap. Gesch. 17, 31.; aber von einem „Recht der Herzenshärtheit“ gestehe ich, weder aus Pauli noch Christi Munde, noch in der ganzen heiligen Schrift ein einziges Wörtchen vernommen zu haben. Und das ist noch dazu die viel gepriesene Ehrenrettung des königlichen Amtes Christi, daß er, wenn es seinen Creaturen beliebt, seine Gesetze nicht anzuerkennen, ihnen das Recht dazu noch feierlich versichern muß!

Wunderlich! Oben hatte Hufschke versichert, „die Ehe sei nach ihrem unmittelbaren Wesen ein Verhältniß des Schöpfungs-, nicht des Gnadenreichs“ (p. 3.) und „Christi Gebot solle daher nur eine Wiederherstellung der ursprünglichen, mit der Schöpfung gegebenen Gottesordnung sein“, „ein aus der ursprünglichen Stiftung der Ehe in der Schöpfung hergeleitetes Recht“, (p. 9.), und doch giebt es einen von Christo bestätigten Rechtskreis für die willkürlichen Uebertretungen dieser aus der Schöpfung stammenden Gottesordnungen von Seiten seiner Creaturen!

Also nur für sein Reich giebt Christus sein neues Ehegesetz! Billig fragen wir: Für welches Reich? Da es, wie wir gehört, nicht das Reich der Schöpfung und der Macht ist, so bleibt doch wohl kein andres übrig, als das Reich der Gnade, die Gesamtheit der Kinder des Reichs, die als guter Same hin und her unter dem Unkraut oder den Kindern der Bosheit stehn, alle, die Christus als die Seinen anerkennt, weil sie seinen Geist haben! Keineswegs, antwortet Hufschke; der Gegensatz ist gar nicht: Welt und Gnadenreich, sondern der hier allein in Betracht kommende zwischen Welt und anstaltlicher Kirche. Und dafür wird mit einigem Schein der Gebrauch des Worts „Ungläubig“ 1 Cor. 7, 15. angeführt: „Das Wort ‚Ungläubig‘ ist hier durchaus nicht im Sinne des seligmachenden Glaubens und verdammenden Unglaubens gemeint, und bezeichnet solche, welche der äußern Ordnung des Hauses Gottes, für welche der Apostel Anordnungen trifft, nicht angehören, mag ihre Herzensstellung gegen Gott sein, welche sie wolle. In dieser Materie der äußern Kirche kann jemand ein Bruder oder Schwester sein, der in seinem Herzen ein Heuchler und außerhalb der geistlichen Kirche ist, und kann so umgekehrt auch ein Ungläubiger sein, der in seinem Herzen vielleicht ein gläubiger Cornelius ist“ (p. 12.). „Nur in diesem seinem Reiche, d. h. bei seinen Jüngern, erklärt Jesus die Ehe unscheidbar.“ „Gleichwie nun alle Gesetze und Ordnungen eines Reichs nur für Genossen desselben gegeben werden; wie also z. B. namentlich in Christi Reich das vorgeschriebne Beten des Vater = Unser, die Feier der Sacramente, die Vorschriften über die Aemter

nur für Christen Verbindlichkeit haben, ebenso gilt dies auch von Christi Gebot über die Ehescheidung“ (p. 10.). Wir würden uns aber sehr täuschen, wenn wir uns unter dieser anstaltlichen Kirche, welcher Christus sein neues Ehegesetz gegeben hat und die allein demselben von Gott unterstellt ist, die ganze sichtbare christliche Kirche, den ganzen Haufen der Getauften, denken wollten; sondern hiefür ist unerläßliche Bedingung Rechtgläubigkeit einer Kirchengemeinschaft und zwar rechte Lehre auch im Artikel von der Ehescheidung, so daß in Deutschland der zuständige Rechtskreis, in welchem Christus die Anerkennung seines Ehegesetzes fordern darf, sich schwerlich über die Breslauer Synode hinausstrecken wird. Mit klaren Worten spricht dies Huschke aus (p. 11.): In allen falschlehrenden Kirchen, auch wo eine sonst rechtgläubige lutherische Landeskirche sich in ihrem Scheidungsverfahren nicht streng an Christi Gebot bindet, „unterstehen die Christen so wenig, wie die Juden und Heiden nach ihrem Rechtskreise, dem durch falsche Lehre verdrängten Scheidungsgebote Christi“, können also auch wenigstens für ihre Person nicht für Uebertretungen desselben verantwortlich gemacht werden, sondern diese Verantwortung fällt höchstens dem ganzen Kirchen-Organismus zu, und ihre Sünde besteht nur darin, daß sie nicht dem Organismus der wahren Kirche angehören, während die in diesem für sie gültigen Rechtsgebiet erlangten schriftwidrigen Scheidungen oder Wiederverheirathungen vor Gott volle Rechtskraft haben und selbst dann behalten, wenn sie nachmals zu dem rechtlehrenden Kirchen-Organismus treten, und darum auch von demselben als gültig anzuerkennen sind. Ja mit erstaunlicher Genauigkeit wissen uns die „motivirten Anträge“ den Zeitpunkt anzugeben, wo von Stund an Christus das Recht verliert, von einem Menschen Gehorsam für seine Ehegesetze zu verlangen, weil derselbe eben um die Stunde in ein andres von Christo gleichfalls anerkanntes Rechtsgebiet eingetreten ist. So hören wir: Wenn ein Glied der Breslauer Synode sich schriftwidrig auf gerichtlichem Wege scheiden läßt, ehe er excommunicirt war, so ist die Scheidung vor Gott ungiltig, und der unschuldige andre Ehegatte wird, wofern nicht die Versündigung des Ehebruchs auf der andern Seite dazu kommt, keineswegs von dem Ehebande frei; denn der Sichscheidende war zur Stunde noch Mitglied des Reichs Christi und unterstand noch der darin gültigen Gerichtsbarkeit, wonach es nur Einen Scheidungsgrund giebt. Wenn es dagegen der Synode gelingt, der gerichtlichen Scheidung durch beschleunigte Excommunication zuvor zu kommen, so hat das für den unschuldigen Theil den Vortheil, daß er auch vor Gott vom ehelichen Bande frei wird; denn eben durch die Excommunication, wodurch der Betreffende aufhört, ein Glied des Reichs Christi zu sein, wird ihm zugleich die Berechtigung zurückgegeben, die Ehe aus allen möglichen Gründen nach den in seinem nunmehrigen Rechtsgebiet gültigen Gesetzen auch vor Gott rechtskräftig zu lösen; und, eben weil eine solche vor Gott gültige Lösung der Ehe, um des in der Kirche verbleibenden unschuldigen Gatten willen, vielmehr zu wünschen ist, als das Fortbestehn derselben, darum geben die „moti-

virten Anträge“ für solchen Fall die Anweisung, mit der Excommunication möglichst zu eilen, um dem Sünder seinen Freibrief zum rechtsgiltigen Vollzug der Sünde möglichst bald einzuhändigen. Mit allerhand derartigen Bestimmungen, in denen die bedenklichste Gewissensverstrickung mit den willkürlichsten Lösungen der Gewissen Hand in Hand gehn, beschäftigt sich die ganze zweite Hälfte der „motivvirten Anträge“.

Staunen aber muß man, wie man das Fündlein einer neuen Gesetzgebung Christi, auf welche man obendrein die Ohnmacht des eignen Glaubens in so auffallender Weise überträgt, daß sie der Herzenshärte der Menschen gegenüber alsbald ihre bindende Kraft verlieren soll, für die Wiederherstellung der königlichen Würde Christi ausgeben darf! Solche bequeme Hintertüren, mit denen man sich aus allen Verlegenheiten zu helfen weiß, die aus der Geltendmachung des Gebots Gottes etwa entspringen könnten, und wodurch man einen Weg findet, anderer Leute Sünde selbst kirchlich anzuerkennen, sollen die unbedingte rücksichtslose Unterwerfung unter Christi Wort heißen! Solche Gewissensstricke einerseits, wodurch die Gültigkeit oder Ungültigkeit einer Ehescheidung von der 24 Stunden früher oder später erfolgenden Excommunication abhängen soll, und solche Lösung des Gewissens in Betreff des Ehestands, die dem widerstrebenden Sünder grade durch den Bindschlüssel der Kirche zu Theil wird, sollen aus dem geistlichen Sinne des neuen Reichsgesetzes Christi über die Ehe herkommen!

Wenn Hufschke den Gegenschristen gegen seine Ehegrundsätze Schuld giebt, „daß sie auf sehr bedenklichen, den Diedrich'schen verwandten allgemeinen Irrthümern, besonders in der Lehre vom Gesetz, beruhten“ (p. 7.), so kann uns der Vorwurf, für den er wohl auch gegen Diedrich selbst noch den Beweis schuldig ist, wenigstens nicht treffen; denn wir bekennen mit der Concordien-Formel (p. 636.) ohne Clauseln: „und werden die Antinomi oder Gesetzesstürmer billig verdammt, welche die Predigt des Gesetzes aus der Kirche werfen.“ Ganz und unbedingt wollen wir uns den Worten Christi in der Bergpredigt als der authentischen Auslegung des ewig gültigen Gesetzes Gottes unterwerfen; denn, wenn der Gesetzgeber selbst sein Gesetz auslegt, sollte das nicht eine authentische Auslegung sein? Wir wissen auch, daß Pauli Anweisung, 1 Cor. 7., damit nicht in Widerspruch stehn kann; über die schriftgemäße Methode, beide Sprüche am richtigsten mit einander zu vereinen, wollen wir gern weitere Belehrung annehmen. Aber ebenso entschieden bekennen wir auch mit derselben Concordien-Formel (p. 533.): „Wir glauben, lehren und bekennen, daß der Unterschied des Gesetzes und Evangeliums als ein besonder herrlich Licht mit großem Fleiß in der Kirche zu erhalten, dadurch das Wort Gottes nach der Vermahnung St. Pauli recht getheilet wird.“ (p. 639.): „Demnach, auf daß beide Lehren, des Gesetzes und Evangeliums, nicht mit einander gemengt und vermischt, und der einen zugeschrieben werde, was der andern zugehört, dadurch denn leichtlich das Verdienst und die Gutthaten Christi verdunkelt und das Evangelium wieder zu einer Ge-

gesetzeslehre gemacht wird, wie im Pabstthum geschehn, und dem Pabstthum wiederum die Thür in der Kirchen aufgethan werde, so muß mit allem Fleiß der wahre eigentliche Unterschied zwischen dem Gesez und Evangelium getrieben und erhalten werden, und, was zur Confusion inter legem et evangelium Ursach geben möchte, fleißig verhütet werden.“

Es ist wohl zu beachten, daß auch diese Sätze zunächst gegen die Antinomer, welche in dem Streben, das Gesez ganz aus der Kirche zu bannen, grade das theure Evangelium wieder zu einer Gesezeslehre machen mußten, gerichtet sind, und daß in diesem Stück ihre scheinbaren Antipoden, die Pädastischen, grade als ihre nächsten Verwandten bezeichnet werden, weil ihr umgekehrtes, durch und durch gesezliches Wesen im Grunde auch mit einer schnöden Verachtung des wahren göttlichen Gesezes Hand in Hand geht; die Ehre, die sie für das sogenannte neue Gesez Christi beanspruchen, müssen sie ja nothwendig erst dem ewigen Geseze Gottes für alle Menschen rauben. Auch die Breslauer, die immer so schnell mit dem Vorwurf des Antinomismus zur Hand sind, mögen sich wohl prüfen, ob trotz ihres durch und durch gesezlichen Zuges nicht ein ebenso gutes Theil antinomistischen Wesens in ihnen stecke, wie in den Papisten, das heißt, dasselbe Geringshalten von Gottes rechtem, ewig gültigem Gesez. Wird doch nothwendig durch ihre „neuen Geseze Christi“ die Unabänderlichkeit und Einheit des ewigen Gesezes Gottes angetastet, wie es Gott bereits im Paradiese dem Menschen ins Herz gepflanzt, nach dem Sündenfalle den Menschen wenigstens als Ankläger noch immer ins Gewissen geschrieben, auf Sinai mit leserlicher Schrift durch seinen eignen Finger auf den zwei steinernen Tafeln erneuert, und im neuen Bunde durch Christi Mund als unabänderlich bestätigt und seinen wahren Inhalt in seiner ganzen Tiefe erklärt hat. Statt dessen werden uns zwei Gesezgebungen, eine vorchristliche und die Christi, untergeschoben; was diese als schwere Sünde verdammt, läßt jene als gut und wohlgethan, und zwar nicht bloß vor dem bürgerlichen Gerichtshof, sondern vor Gottes Richterspruch selbst gelten. Nicht etwa ist bloß das alttestamentliche Ceremonialgesez mit seinen mancherlei die Gewissen bindenden Lasten, oder das jüdische Polizeigesez mit seinen scheinbar die Gewissen lösenden Anweisungen für die jüdischen Gerichtshöfe, im Neuen Testamente aufgehoben, sondern der Inhalt des Moralgesezes selbst ist, nach dieser Lehre, ein andrer geworden; dies sei die wahre Bedeutung des „Ich aber sage euch“ in der Bergpredigt; ja für eine exegetische Gewaltthat wird es gradezu erklärt, dem Dekalog des Alten Bundes bereits das neutestamentliche Moralgesez als wirklichen Inhalt unterschieben zu wollen. (Die genauere Ausführung von den kürzern Andeutungen der motivirten Sätze, in „die Ehescheidung, Referat für die Generalsynode“. Leipz. 1873.) Wir lassen darauf Joh. Gerhard antworten: „Da die Pharisäer Christo das Gesez Moses vorhalten, so antwortet er: Moses hat um eurer Herzenshärte willen gestattet, euch von euren Weibern zu scheiden; er unterscheidet also gar wohl zwischen dem Gericht des Ge-

wissens und dem Gericht der Obrigkeit (*forum conscientiae et forum politicum*), zwischen den Geboten des Moralgesezes und den bloßen Zugeständnissen aus politischen Rücksichten, welche zur Verhütung von Schlimmerem etwas zulassen, was mit dem Moralgesez und der Nächstenliebe keineswegs stimmt. Etliche der Scholastiker, Thomas Scotus und neuere, als: Cajetanus, Eck und Bellarminus, wollen, daß den Juden die Scheidung als etwas an sich von Gott Erlaubtes gestattet worden sei. Man sieht leicht, was sie mit solchen Behauptungen zu erreichen hoffen; sie möchten uns nämlich gern glauben machen, Christus sei ein neuer Gesezgeber, der erst die im alten Testament rechtmäßige Ehescheidung abgestellt und ein neues Gesez gegeben habe, wodurch er erst das Band der Ehe völlig unauflöslich gemacht habe. Aber es wird ihnen von Etlichen ihrer eignen Genossen widersprochen, von Innocenz, Lombardus, Bonaventura."

(Fortsetzung folgt.)

(Eingefandt von Prof. Krämer.)

Lebensregeln für Prediger,

genommen und übersezt aus Quenstedt's *Ethica pastoralis*.

(Fortsetzung.)

Der Apostel ermahnt in seiner Synodalrede Ap. Gesch. 20, 28. die Bischöfe und Ältesten, die er von Ephesus hatte zu sich rufen lassen, daß sie sowohl auf ihr als der anderen Heil von ganzem Herzen, mit aller Sorge und allem Sinnen bedacht sein sollen; er sagt: „So habt nun Acht auf euch selbst und auf die ganze Heerde, unter welche euch der Heilige Geist gesetzt hat, zu weiden die Gemeinde Gottes, welche er durch sein eigen Blut erworben hat.“ Daraus erhellt, daß der Titel Bischof ein Titel der Umsicht und Sorge sei. Daher sei denn fern aller Ueberdruß, Trägheit, Saumseligkeit, Schläfrigkeit bei der Pflege der Heerde; es sei ferne Untreue und Nachlässigkeit. Welche unser Erzbischof Christus Jesus „treu geachtet hat und gesetzt in das Amt“, 1 Tim. 1, 12., d. h. die er für treue Leute gehalten und sie daher gnädiglich berufen, unterwiesen, mit den nöthigen Gaben ausgestattet, sie treu gemacht und in das Predigtamt gesetzt hat, die sollen sich auch als „treue Haushalter und Diener“ erweisen, 1 Cor. 4, 2., Ephes. 6, 21. Dannhauer fragt, tom. 1. Theol. Consc. part. 2. spec. Dial. 3. quaest. 15. p. 1008.: „Wodurch allein das Predigtamt so ausgerichtet werden könne, daß das Gewissen ruhig sei?“ und antwortet: „Durch Treue. Durch Treue wird das Gewissen sicher gemacht, in welcher Tugend allein das ganze Predigtamt beschloffen ist; welche allein ein jeder zu beweisen gehalten ist, keiner aber, daß er glüklichen Erfolg habe, damit sich das Herz des Rechten bewußt sei, 1 Cor. 4, 1. u. 2. . . . Ich meine die Treue, welche einen einfachen Diener in seinem Privathause ziert, die Onesimus seinem Philemon schuldete, die sich auf

das ganze Haus des Herrn erstreckt" u. Sie sollen ihr Amt nicht mit Unwillen verrichten, was denen eigenthümlich ist, die beständig über die Beschwerde der Seelsorge klagen, die das Predigen, sei es aus Nachlässigkeit oder aus einer anderen Schuld, oft unterlassen, und so das Christenvolk um seine Speise betrügen, oder auch durch andere ihre Stelle vertreten lassen und mittlerweile selbst entweder der Ruhe pflegen oder weltliche Händel betreiben. Hieher gehört der Apostolische Canon; „Ein Bischof oder Ältester, der den Clerus oder sein Volk vernachlässigt, und dasselbe nicht in der Gottseligkeit unterweist, soll abgesetzt werden.“ Denn daß sie in der Römischen Curie sagen: „Die Bischöfe könnten durch andere predigen“, darauf antwortet fein, der gesagt hat: „Wer durch einen andern predigt, wird eine Vikars-Seligkeit, aber eine persönliche Strafe haben; er wird in die Hölle gehen durch sich selbst, ins Paradies durch einen andern“, siehe bei Mortonus, de Notis Eccles. Apolog. Catholic. lib. 1. cap. 20. Der Liebe ist alles leicht, so sehr, daß Bernhard recht sagt: „Wo die Liebe ist, da ist keine Mühe“, Serm. 86. in Cant. Und Hieronymus: „Nichts ist den Liebenden hart, keine Arbeit ist ihnen schwer.“ Außer und wider den Willen Gottes, der sie zu Bischöfen gesetzt hat und dessen Diener und Haushalter sie sind, Ap. Gesch. 20, 28., Tit. 1, 7., sollen sie nichts thun, ändern, noch neuern, sondern in allen Dingen Gott und der Kirche ihre Treue beweisen und alles nur auf Gottes Ehre beziehen. Dr. Mörlin, Chemnitzens Vorgänger in der Braunschweiger Ephorie und ein sehr scharfer Vertheidiger der lutherischen Lehre, pflegte die angehenden Prediger mit diesen Worten zu vermahren: „Arbeite redlich, meine es treulich und bete fleißig.“ Doch hören wir vielmehr den Apostel, der 2 Tim. 4, 5. seinen Timotheus also unterweist: „Du aber sei nüchtern allenthalben, leide dich, thu das Werk eines evangelischen Predigers, τὴν διακονίαν σου πληροφόρησον“, d. i. fülle dein Amt vollkommen aus (die Metapher ist von Schiffen mit voller Ladung hergenommen, die mit günstigem Wind und vollen Segeln, vor aller Hinderung sicher, in den Hafen einlaufen), Luther hat es übersetzt: „richte dein Amt redlich aus“. Διακονίαν πληροφορεῖν heißt demnach: durch aufrichtige, treue, muntere, anhaltende Erfüllung aller Stücke des ihm anvertrauten Amtes allen ganz völlig und fröhlich beweisen, daß man ein aufrichtiger und treuer Diener Christi ist, der keines Stücks seines Amtes fehlt, oder der nichts von dem, was von einem treuen Diener des Evangeliums mit Recht gefordert werden kann, unterläßt und im Uebrigen ohne Sorge ist. Wer so treu seinen Dienst verwaltet und die Stücke seines Amtes mit höchstem Fleiß ausrichtet, der wird am jüngsten Tag jenes beseligende Wort Christi hören, Matth. 25, 21.: „Ei du frommer und getreuer Knecht, du bist über wenigem getreu gewesen, ich will dich über viel setzen“; als spräche er: Du sollst hinfort kein Knecht und Haushalter mehr sein, der von seinem Haushalt Rechenschaft geben muß, sondern ein Erbe und Herr der dir zu übergebenden Güter; „geh ein zu deines Herrn Freude.“ Hieronymus sagt zu dieser Stelle: „Was kann es größeres geben

für einen treuen Knecht, als bei seinem Herrn zu sein, und seines Herrn Freude zu sehen?" Und Chrysostomus: „Mit den Worten: ‚gehe ein zu deines Herrn Freude‘ werde die ganze Seligkeit angezeigt, da die Ehre eines Knechtes nicht größer sein könne.“ Mit Recht ruft also Augustin, Soliloq. cap. 35., über dieser Freude aus: „O Freude über Freude, die alle Freude übersteigt, außer welcher es keine Freude gibt, wann werde ich zu dir eingehen, daß ich Gott schaue, der in dir wohnt.“ —

(Fortsetzung folgt.)

Kirchlich-Zeitgeschichtliches.

I. America.

Ueber das Beecher-Scandal spricht sich das Blatt "Christian Cynosure" folgendermaßen aus: „Es werden oft Besorgnisse geäußert über den Effect, den die Beecher-Tilton-Angelegenheit auf die Interessen der Religion haben kann. Es scheint uns, daß, was auch das Publicum für ein Urtheil fällen wird, die Sache der wahren Religion nicht wesentlich darunter leiden wird. Mr. Beecher ist nie das Muster oder der Verteidiger eines selbstverleugnenden, kreuztragenden Christenthums gewesen. Er hat ein Evangelium der Sentimentalität gepredigt. Er ist ein Schauspieler gewesen, auf der Kanzel nach Effect haschend, wie andere Leute es auf der Bühne thun. Man wußte nicht eher, daß er ein Abolitionist sei, als bis die Gefahr vorüber war. Dann gab es keinen, der so kühn war, als er. Von Musketen und Kanonenkugeln handelte er in Predigten, während er Tanzen und Billiard in seinen Vorlesungen seinen und andern Leuten anpries. Diese Combination von Umständen machte ihn zum Günstling nicht sowohl der Christen, als vielmehr der Weltmenschen. Die Leute, welche seiner Vorlesung ‚manhood and money‘ applaudiren konnten, sind nicht die Leute, welche die christliche Religion, sondern die Religion, welche Mammonsdienst genannt wird, unterstützen. Sein Lob ist öfter und lauter von Zeitungen, die keinen Anspruch auf Christenthum machen, gesungen worden, als von andern. Jetzt ist es umgekehrt. Die weltliche Presse, welche ihm ohne Maß schmeichelte, fängt an, ohne Anstand und ohne Maß ihn zu verfluchen, und die religiöse Presse — spricht ruhig und hofft das Beste. S. W. Beecher hat den Kirchen großen Schaden gethan. Er hat die deutlichen Lehren der Bibel verwässert und verdreht, bis erklärte Atheisten, Ungläubige und Hauptspieler seine wärmsten Bewunderer geworden sind. Er hat über die gespottet, welche darauf bestehen, daß man sich der Welt nicht gleichstelle und hat also diejenigen betrübt, welche glauben, daß wir davon ausgehen und uns fern halten sollen. Aber nun, da er bankerott zu werden scheint, geht das christliche Gefühl des Landes traurig rücklings, um den Mantel der Liebe über das zu werfen, was seine Schande zu sein scheint, während es seinen ehemaligen Bewunderern eine Freude ist, dieselbe der Welt laut zu verkünden. Die christlichen Kirchen werden nicht verlieren, sondern gewinnen, wenn die Anklagen als wahr erwiesen werden und doch werden sie trauern. Sie werden nicht beitragen, sondern verlieren, wenn die Anklagen als falsch erwiesen werden und doch werden sie sich freuen.“

G.

In einer Versammlung des Presbyteriums von Ost-Hannover, in Petersburg, Va., wurde von einem Gliede die Frage gestellt: ob ein Presbyterianer-Prediger, der bei der Trauung absichtlich das Wort „gehorsam“ bei der Frage an die Braut wegläßt, und nicht dafür ein anderes gleichbedeutendes Wort gebraucht, sich dadurch einer Nüge von Seiten des Presbyteriums schuldig macht? Die Comite gab die Entschei-

bung: daß ein Presbyterianer-Prediger, der das thue, nicht das volle Ehebündniß, wie es nach den Gesetzen der Kirche und dem Worte Gottes gefordert wird, von der Braut verlangt, und deshalb sich einer Rüge von Seiten des Presbyteriums aussehe. — Die Rüge hat freilich der Herr verdient, die Begründung derselben aber ist nicht stichhaltig, da wir über die Vollziehung der Trauung in Gottes Wort keine Vorschrift haben.

Ab. Bd.

Die Doctoren Krauth und Passavant und die Allianz noch einmal. Gegenüber der vom "Lutheran" übernommenen, aber ungenügenden Vertheidigung des Verhältnisses der genannten Herren zur Allianz bemerkt der "Lutheran Observer": „Dr. Krauth wurde durch die Programmcommittee der Allianz eingeladen, eine Arbeit über ein gegebenes Thema, Idealismus, vorzulesen, und er nahm die Einladung an und erschien zur Zeit und am Ort, wie angezeigt und verlas seine Abhandlung. Dr. Passavant wurde auf dieselbe Weise eingeladen und nahm die Einladung an. Sein Name und der Gegenstand, über welchen er nach Uebereinkommen eine Abhandlung vorlesen wollte, wurden auf dem allgemeinen Programm gedruckt und Zeit und Ort seines Vortrags wurden in den täglichen Blättern New York's angekündigt und die Ankündigungen von der Programmcommittee der Allianz täglich ausgegeben. Aber Dr. Passavant erschien nicht. Die wahre Ursache aber, warum er nicht erschien und sein Versprechen erfüllte, war weder die von der „Zeitschrift“ oder dem „Lutheran“ bezeichnete, sondern es geschah, wie wir von bester Autorität erfahren haben, wegen Krankheit. Mit andern Worten, sein Grund betraf weder Bekenntniß noch Theologie, noch Benennung, sondern Gesundheit. „Lehre und Wehre“ war daher zu rechtfertigen, wenn sie mit ihrer Empfehlung des von Dr. Passavant eingeschlagenen Weges zurückhielt, bis nachgewiesen war, daß die Ursache, weshalb er davon fern blieb, die von den deutschen und englischen Organen des General Council bezeichnete war.“ — Zu bemerken ist noch, daß der "Lutheran Observer" in der Theilnahme an der Allianz nichts Tadelnswerthes findet, sondern nur darin, daß der "Lutheran", der angeblich die Theilnahme an der Allianz nicht gut heißt, die wirkliche Theilnahme dieser Herren, die als Editoren am "Lutheran" theilhaftig sind, unehrlicher Weise wegdисputiren möchte.

G.

Das „Canadaer Kirchenblatt“ bringt aus der „Zeitschrift“ (welcher?) folgenden Erguß „über Missourischen Fanatismus“: „Anderer bemühen sich mit dem Zelotismus vergangener Jahrhunderte, über ‚der reinen Lehre‘ zu wachen, und hassen niemand mit ehrlicherem Hasse als diejenigen, die so frech sind, auch zu behaupten, daß sie ‚die reine Lehre‘ haben. Eifern ist gut, wenn es geschieht um die Wahrheit. Aber die Art und Weise dieses Eifers erzeugt in uns je und je das Gefühl der ‚reinen Leere‘ und das ist gar nicht erbaulich. Diese wissen sich so ganz im ausschließlichen Besiz der Erkenntniß, daß sie auch nicht einmal gewahr werden, daß die Eine Sonne auch Andern Strahlen des Lichts und der Wahrheit barmherzig zusendet.“

Lutherdenkmal. Dr. Morris schlägt vor, daß dem Dr. Luther im Fairmount Park bei Philadelphia bis zur Feier des hundertjährigen Bestehens der Regierung ein Monument errichtet werde, welches etwa \$12,000 kosten würde. Wir meinen, das beste Denkmal wäre eine reiche Dotation der rechthgläubigen lutherischen Colleges und Seminare.

II. Ausland.

Sachsen. So meldet das „Sächsische Kirchen- und Schulblatt“ vom 4. Juni: Sicherem Vernehmen nach haben die in evangelicis beauftragten Staatsminister beschlossen, zur Erfüllung der in dem Synodalabschiede für die erste evangelisch-lutherische Landesynode vom 7. Juni 1871 unter Nr. 2 (G.- u. B.-Bl. 1871, S. 81) erteilten Zusage und zur Erledigung einiger anderen dringlichen Gegenstände nach Schluß oder

Vertagung des gegenwärtigen Landtags eine außerordentliche Synode einzuberufen. Die Gläubigen in Sachsen werden sich schwerlich auf diese Synode freuen, denn was können sie anderes von dieser zweiten Synode erwarten, als zu ernten, was sie in der ersten gesät haben?

W.

Sachsen. Nachdem auf der ersten Landessynode die sogenannte gläubige Partei, obgleich sie in der Majorität war, dem Feind gewichen war und die Kirche preisgegeben hatte, meinten manche, es sei dies nur eine Ueberrumpelung gewesen, auf der folgenden Synode werde sie desto tapferer sein. Wir konnten leider uns damit nicht trösten, mußten vielmehr fürchten, daß sich hier das Wort des Herrn erfüllen werde: „Wer da hat, dem wird gegeben, daß er die Fülle habe; wer aber nicht hat, von dem wird auch genommen, das er hat.“ Matth. 13, 14. Und so ist's auch geschehen. In einem Bericht über die Verhandlungen der Landessynode im Juni dieses Jahres, der sich im „Pilger aus Sachsen“ vom 5. Juli findet, lesen wir u. A. Folgendes: „Eine nicht geringe Bewegung rief in der Synode das Auftreten des Prof. Eckstein aus Leipzig hervor, welcher die Synode und namentlich die rechte Seite derselben mit einer Lauge von Spott förmlich übergoß. Man kenne, führte er etwa aus, die Synode kaum wieder, gegen das zu erwartende Schulgesetz sei im Jahre 1871 mit den schärfsten Waffen ins Feld gezogen und jetzt, nachdem das Gesetz fertig sei, wehe ein wunderbarer Geist des Friedens durch die Versammlung und gebe sie stillschweigend auf, was sie damals so entschieden gefordert. Die Art und Weise, wie der Redner sich aussprach, mußte wohl Unwillen erregen und rechtfertigte die scharfen Zurückweisungen, die er erfuhr. Aber etwas Wahres, das läßt sich kaum verkennen, lag doch in dem, was er sagte. Es scheint allerdings ein Umschlag in der Stimmung, besonders auf der rechten Seite der Synode eingetreten zu sein. Jenes Mal (1871) große und lebhaft ausgesprochene Befürchtungen, daß durch das angekündigte Schulgesetz das christliche Volksleben werde geschädigt werden, jetzt große Zuversicht, daß sich Alles befriedigend gestalten werde; jenes Mal fast Entrüstung darüber, daß das Kirchenregiment selbst die Grundlinien des zu erlassenden Gesetzes der Synode vorenthielt, diesmal so völliges Genügen an dem engeren Erlasse über die Beaufsichtigung des Religionsunterrichts, daß man es ganz in der Ordnung zu finden schien, daß das Ministerium die Entwürfe der Ausführungsverordnung und Instructionen der Synode vorenthalten hatte.“

W.

Preussische Landeskirche. Dr. Münkel schreibt: Das Verbot des Berliner Oberkirchenrathes, auf den Kreissynoden die Bekenntnißfrage zu verhandeln, wird von den Lutherischen als eine Drohung gegen sie und als ein Schlag in ihr Angesicht aufgefaßt. Die „Kreuzzeitung“ berichtet von einem Superintendenten, der beim Anblick des oberkirchenrathlichen Schreibens mit Thränen in den Augen ausgerufen habe: „Ach, ich armer Superintendent!“ . . . Den Schluß verschweigt sie, nennt ihn aber „herzbrechend“. Ein Hauptziel der neuen Synodalverfassung ist die Durchführung der Union, die nach den bisherigen Schritten und Verfügungen des Oberkirchenrathes sowohl in dem Sydow'schen Handel als in den Kirchenvorstandswahlen dem Protestantenverein entgegenkommend sein wird.

Die Presse in Südwestdeutschland. Folgendes lesen wir in der „Allgemeinen Evangelisch-Lutherischen Kirchenzeitung“ vom 3. Juli: Die Presse und die Innere Mission bildete den Hauptgegenstand der Verhandlungen der Südwestdeutschen Conferenz für Innere Mission, welche am 9. und 10. Juni in Heidelberg ihre zehnte Jahresversammlung hielt. Wie sehr die Wahl dieses Themas eine der wundesten Stellen unserer Zeit getroffen, ging aus den lebhaften und interessanten Verhandlungen hervor, die sich an den einleitenden Vortrag des Oberkirchenraths Pfarrer Dr. Mühlhäuser aus Wilsferdingen angeschlossen, in welchem derselbe mit Beschränkung auf das südwestliche Deutschland als dem eigentlichen Arbeitsgebiet der Südwestdeutschen Conferenz in musterhafter

Zeichnung ein Bild von dem heutigen Zustand unserer Presse entrollte, um darzulegen, wie unsere heutige Presse zu der christlichen Weltanschauung steht, und sodann auf die Aufgaben hinzuweisen, welche der Inneren Mission bei der Benutzung der Presse gestellt sind. Davon ausgehend (wir folgen hier dem Bericht der „Süddeutschen Reichspost“), daß unter der Presse an die ganze literarische Production zu denken sei, soweit sie auf den religiösen und sittlichen Zustand, auf Gesinnung und Lebensanschauung unseres Volkes einen Einfluß ausübt, machte er zunächst auf den mächtigen Einfluß der Presse aufmerksam, „der in den oberen und mittleren Schichten unseres Volkes, also in den tonangebenden Kreisen unserer Bevölkerung, ungleich viel größer geworden ist als das gesprochene Wort, und daß es ganz überwiegend die Presse ist, welche die geistliche Nahrung unseres Volkes vermittelt“. Er warnte aber auch davor, unsere Presse, wie sie gegenwärtig beschaffen ist, als den wirklichen Ausdruck dessen gelten zu lassen, was in unserem Volke lebt, das Gott Lob! bis heute noch besser ist als seine Presse. In der Presse spiegelt sich aber doch im Großen und Ganzen der Kampf ab, in welchem wir heute stehen; in ihr wird vorzugsweise der Entscheidungskampf geführt zwischen zwei Weltanschauungen: der auf christlich-biblischer Grundlage beruhenden und der materialistischen. Der Referent war liberal genug, auch den Gegnern das Recht zuzusprechen, in der Presse zu Worte zu kommen. Wollen aber die Vertreter und Befenner der christlichen Weltanschauung den Entscheidungskampf führen, so müssen auch sie in der Presse auf den Kampfplatz treten. Wir brauchen daher eine christliche Presse. Wie steht es nun mit der bereits vorhandenen christlichen Tagespresse? In Württemberg existirt das „Evangelische Sonntagsblatt“ mit seinen 54,000 Abonnenten, der „Christenbote“, die „Blätter für das Armenwesen“ 2c.; in Baden neben dem „Reichsgottesboten“ das „Evangelische Kirchen- und Volksblatt“ und das dem kirchlichen Liberalismus dienende „Süddeutsche evangelisch-protestantische Wochenblatt“ 2c. Während also im Ganzen nur kleinere Kreise von solchen, die bereits ein bewußt christliches Interesse haben, von dieser religiösen Presse erreicht werden, muß die christliche Weltanschauung heutzutage nothwendig auch in der politischen Tagespresse vertreten sein. „Denn diese bildet für den ganzen gebildeten Theil unseres Volkes eine Art von unentbehrlichem täglichem Brod und steht mit ihrem Einfluß, was Breite und Umfang betrifft, in erster Reihe.“ Das Bedürfniß, der größeren Tagespresse auf ihrem eigenen Gebiete die christliche Ueberzeugung und Beurtheilung der Ereignisse vom christlichen Standpunkte aus entgegenzustellen, hat nun für Süddeutschland in der „Süddeutschen Reichspost“ ihren Ausdruck gefunden. Sie steht als die erste bedeutende Unternehmung dieser Art von christlich-positiver Seite da. Aber leider ist noch zu klagen, „daß noch nicht alle, die den christlichen Glauben hochhalten, auch die Wichtigkeit eines solchen Organs einsehen oder über eine Meinungsverschiedenheit in untergeordneten Fragen hinwegsehen, um ein solches Blatt zu unterstützen“. Es gericht uns evangelischen Christen gewiß nicht zur Ehre und zum Gewinn, daß in der Würdigung der Bedeutung der Tagespresse wir von der römisch-katholischen Kirche weit übertroffen werden; denn die ultramontanen Blätter erfreuen sich bekanntlich unter dem katholischen Volke einer weiten Verbreitung und eines mächtigen Einflusses. Nachdem so der Redner über den Stand der katholischen wie der an intensiver Wirksamkeit die ganze übrige Presse übertreffenden socialdemokratischen Preßthätigkeit anziehende Notizen gegeben, gelangte er zur Beurtheilung der liberalen Tagespresse. Sie ist die eigentliche Herrscherin auf diesem Gebiet, welche „getragen durch die Gunst der Regierungen, deren amtliche Bekanntmachungen in ihr veröffentlicht werden“, unter den sogenannten Gebildeten ihr großes Publikum hat, das aus dieser Quelle seine wohl präparirte „Bildung“, die alle eigene Gedankenarbeit erspart, in so bequemer Weise schöpft. Sie ist es aber auch, die wir für die Entchristlichung unseres Volkslebens in hohem Grade verantwortlich machen müssen. Denn sie führt den Kampf gegen das Christenthum im Namen der Humanität. „Sie

geht mehr oder weniger entschieden darauf aus, aus unserem öffentlichen Leben jede Einrichtung, die irgend einen ausgesprochenen christlichen Charakter trägt, auszumergen.“ Der biblisch-christlichen Weltanschauung stellt sie die moderne Cultur entgegen „als das eigne Product des Menschengewisses, auf das er alle Ursache habe, stolz zu sein“. Für die Schäden der Zeit preist sie als einziges Mittel mehr Bildung und Aufklärung an, „worunter sie die Zustimmung zu jener in der Partei geltenden Summe von Grundsätzen und Meinungen versteht, nach der die Erscheinungen des Lebens zu beurtheilen sind, und die auf der Lehre von der natürlichen Vortrefflichkeit des Menschen beruhen“. Konsequenz ist dagegen nicht die Stärke der liberalen Partei. Zu den Präferenzeugnissen dieser Gattung zählte der Redner in Württemberg den „Schwäbischen Merkur“, „der aber wohl auch einmal ein Wort christlicher Ueberzeugung aufnehmen kann“. In der Abneigung gegen christliche Ueberzeugungen geht der „Württembergischer Staatsanzeiger“, das Organ der Regierung, noch weiter. Das Stuttgarter „Neue Tagblatt“ und die Heilbronner „Nackarzeitung“ nehmen einen gemäßigteren Standpunct ein. Am verbissensten ist der demokratische „Beobachter“ und von radicaler Färbung der „Schwarzwälder Bote“. In Baden trägt das verbreitetste Blatt, die „Badische Landeszeitung“, mit ihrer systematischen Feindschaft gegen alles positive Christenthum einen großen Theil der Verantwortung für den gesunkenen religiösen Sinn. Ganz denselben Standpunct nimmt, wenn sie überhaupt einmal eigene Gedanken kundgibt, die officiöse „Karlsruher Zeitung“ ein, welche die vielen kleinen Amtsverköndigungsblätter pflichtschuldigst mit ihrem Echo begleiten. In der Pfalz vertritt den politischen und kirchlichen Liberalismus neben einer Menge Localblätter der „Pfälzer Kurier“. In Hessen dominiren die größeren Frankfurter Blätter, das „Frankfurter Journal“, die „Neue Frankfurter Presse“ und die „Frankfurter Zeitung“, „bei welchen es schwer sein mag, zu entscheiden, welches sich vom Christenthum am sorgfältigsten freihält“. Die „Main-Zeitung“ und die „Wormser-Zeitung“ und wohl die ganze liberale Kreispresse zeichnen sich neben der Gehässigkeit gegen die „Mucker“ in Beziehung auf das Christenthum durch eine unvergleichliche Trivialität aus. Hessen hat auch noch die Eigenthümlichkeit einer deutsch-katholischen Presse, die leider auch in evangelischen Pfarrhäusern Eingang findet. Nicht weniger als drei katholische Blätter nehmen dagegen unter der Hegide des Bischofs von Mainz den Kampf mit der liberalen Presse auf, während die christliche Weltanschauung im evangelischen Geiste nur von dem „Deutschen Volksfreund“ mit Entschiedenheit und Geschick vertreten wird. Mit Recht bezeichnete es der Redner als einen unnatürlichen Zustand, daß die positiv-christliche Ueberzeugung aus der süddeutschen Presse fast ganz verbannt ist, wobei die „Kölnische Zeitung“ und namentlich die Augsburger „Allgemeine Zeitung“ mithelfen, und daß ein großer Theil der höheren und mittleren Stände sich von der Bibel emancipirt. Mit Recht führt er aber auch Klage darüber, daß es noch so viele heimliche Christen unter uns gibt, „aus Furcht vor den Juden“, die es über sich bringen können, alle Tage die Blätter zu lesen, von denen ihre heiligsten Ueberzeugungen oft in der frivolsten Weise angegriffen werden. Es ist leider eine traurige Wahrheit: „wenn es in der bisherigen Weise weiter geht, so wird das Christenthum unter unseren gebildeten Klassen nach und nach auf den Aussterbeetat gesetzt“, ja wir glauben hinzufügen zu dürfen, daß wir im Großen und Ganzen an diesem Punct bereits angekommen sind, und, wenn es so fortgeht, wird der gepriesene Fortschritt unserer Zeit auch die niederen Klassen in gleicher Weise entchristlichen auf Kosten von Gesittung, Wohlfahrt und Frieden des ganzen Volkes. — Neben der politischen Tagespresse verbreitete sich der Redner aber auch über die übrige literarische Production und zwar zunächst über die belletristischen Journale, die in unserem Volke von Jahr zu Jahr zahlreichere Leser finden. Es ist leider nur allzu wahr, „daß auf diesem Wege das Gift des modernen Zeitgeistes, in der verführerischen Form des geistreichen Plauderns, der spannenden Erzählung oder des pikanten Witzes dargeboten,

und auch in der Frauenwelt die Grundlagen christlicher Gesinnung und die Fähigkeit zu ernster Berufserfüllung zerstört wird“. Es genügt der Hinweis auf die „Gartenlaube“, „welche unserem Volk ein unberechenbares Capital an Glauben und sittlichem Ernste geraubt hat“. Unter den Witzblättern, für die in der Regel nichts mehr heilig ist, steht oben an der „Kladderadatsch“, „der mit seinem Scheidewasser echt modern jüdischen Geistes einen mächtigen Reiz ausübt“. Besser noch im Durchschnitt sind die für unsere Jugend bestimmten periodischen Blätter, die sogenannten „Jugendblätter“. Auf dem Gebiet der Erzählung und des Romans ist natürlich die moderne Weltanschauung weit- aus vorherrschend. Wir haben aber leider auch nach französischem Vorbild eine wachsende Schmutz- und Schandliteratur, die nicht nur in Bibliotheken, sondern auch durch eigene Colporteurs viel mehr Eingang findet, als man gewöhnlich anzunehmen pflegt. Nachdem der Redner dann noch auf die stattliche Reihe von trefflichen Erzeugnissen christlichen Geistes auf dem Gebiet der Erzählung, der Volks- und Jugendschriften hingewiesen, kam er auf die Broschürenliteratur zu sprechen, „deren Bedeutung um so größer geworden ist, je schwerer sich das gegenwärtige Geschlecht dazu entschließt, eine gründliche Belehrung in Büchern zu suchen“; erwähnte die umfangreiche und von reichem Segen begleitete Thätigkeit der christlichen Tractatgesellschaften, „die nicht hoch genug angeschlagen werden kann, namentlich seit die Gesellschaften zur Verbreitung christlicher Schriften die Pflicht der Sichtung der vorhandenen Tractate anerkannt haben und ausüben“, und schloß endlich seine in hohem Grade instructive Umschau mit einigen Notizen über die Kalenderliteratur, wobei er noch darauf aufmerksam machte, wie die uns gegenüberstehenden Richtungen, namentlich der „Allgemeine Volksbildungsverein“ das Gebiet der Volkschriften und Broschüren fleißig gebrauchen, um der modernen mit dem Christenthum verfeindeten Weltanschauung im Volke tieferen Eingang zu verschaffen durch das Darbieten von Büchern, die geradezu einen pantheistischen und materialistischen Inhalt haben. Am Schlusse seines Vortrags aber wies der Redner noch auf einige Aufgaben hin, die den evangelischen Christen hinsichtlich der Presse erwachsen und berührte in erster Linie das Bedürfnis von Zeitungen, welche an die Fragen der Zeit den Maßstab der göttlichen Wahrheit anlegen und für die christlichen Grundüberzeugungen einstehen, wie Süddeutschland eine solche bereits an der „Süddeutschen Reichspost“ besitzt. Aber auch den Gesellschaften für Schriftenverbreitung und Colportage bleibt neben dem Buchhandel eine immer größere Aufgabe. „Sie müssen die Zeichen der Zeit zu beurtheilen verstehen und einen klaren Blick für diejenigen Punkte haben, an denen sie mit ihren Schriften einsetzen. Die Gesellschaften für Herausgabe neuer Schriften, die in unser Volk eingreifen vermögen, müssen einen mehr buchhändlerischen Charakter annehmen, wie dies die Evangelische Gesellschaft in Elberfeld gethan hat und die Evangelische Gesellschaft in Stuttgart zu thun im Begriff steht. Und endlich sollte noch viel mehr als bisher für die Verbreitung guter Bilder geschehen, namentlich größerer, die das Wohnzimmer schmücken helfen.“ Gewiß werden alle, welche die Wichtigkeit des besprochenen Gegenstandes nicht unterschätzen, es willkommen heißen, wenn ihnen in Kurzem die Zimmer'sche Buchhandlung in Frankfurt a. M. den wirklich trefflichen Vortrag unter dem Titel: „Unsere Presse“ als besondere Broschüre darbieten wird.

Bayern. Die im October 1873 zu Bayreuth abgehaltene bayerische Generalsynode hatte bekanntlich einstimmig darum gebeten, daß dem nächsten Landtag der Entwurf zu einem Verfassungsgesetz vorgelegt werden möchte, wornach diejenigen Bestimmungen des Anhangs II. zur zweiten Verfassungsbeilage, welche die Verfassungen oder die sonstigen inneren Angelegenheiten der protestantischen Landeskirche Bayerns betreffen, fortan nicht als Staatsgesetz, sondern als ein Kirchengesetz gelten sollen, damit sie künftig einfach unter königliche Sanction auf Antrag der protestantischen Kirchenbehörde und mit Zustimmung der Generalsynode den Zeitverhältnissen entsprechend abgeändert werden können. Es

wurde zugleich von der Generalsynode ausdrücklich betont, daß hierbei selbstverständlich der Summeepiskopat des Landesherrn und das verfassungsmäßige Verhältniß der Kirche zum Staat gänzlich unberührt bleiben solle. Seit jenem Antrag ist der Landtag bereits zum zweiten Mal versammelt, ohne daß über ein Eingehen auf die obige Bitte irgend etwas verlautet hätte, so daß man fast vermuthen möchte, das Staatsministerium sei jenem Antrag nicht besonders hold.

(Allg. Ev. - Luth. Rztg.)

Italien. Gegenüber einem in Oberitalien vorgekommenen Falle eines Versuches, Pfarrstellen durch Volkswahl zu besetzen, hat der Papst unter dem 23. Mai dieses Jahres erklärt, daß dort dasselbe gelten solle, was er durch die Encyclica vom 21. November vorigen Jahres für die Schweiz hinsichtlich der Ernennung der Pfarrer durch Volkswahl bestimmt hatte, — so daß Jeder, welcher in den Kirchenprovinzen von Venedig und Mailand es wagt, auf Grund einer Ernennung zum Pfarrer oder Vicar durch Volkswahl von einer Kirche Besitz zu ergreifen, oder kirchliche Rechte und Beneficien sich anzumachen, und die kirchlichen Functionen daraufhin auszuüben, durch die That selbst der größeren, dem Papste speciell reservirten Excommunication und den übrigen canonischen Strafen verfällt.

Ehescheidungen. Ueber die auffällige Zunahme derselben schreibt jetzt auch ein so liberales Blatt wie das Berliner „Fremdenblatt“: Als ein trauriges Zeichen muß festgestellt werden, daß nicht nur die Zahl der gesetzlichen Ehescheidungen eine schreckenerregende Höhe erreicht hat, sondern auch, daß Trennungen zwischen Eheleuten nach Ubereinkunft, sowie auch heimliche Entfernungen das bisher bestandene Verhältniß bei weitem überschreitet.

Preußen. Die Synode Berlin-Land hat mit allen gegen zwei Stimmen die nachstehende Erklärung zu Protokoll gegeben: „Das Verbot des hochwürdigsten Oberkirchenraths in seinem Erlaß vom 2. Juni dieses Jahres, durch welches für die diesjährigen Kreissynoden alle Erklärungen, Befundungen und Verhandlungen über Confession und Union untersagt worden sind, kann die versammelte Synode Berlin-Land mit der verfassungsmäßigen Zuständigkeit der Kreissynoden nicht in Uebereinstimmung finden. Sie hat demselben zwar willig Gehorsam geleistet, kann es jedoch Gewissens halber nicht unterlassen, das Recht zur Verhandlung auch derartiger Fragen auf Grund des § 53, Nr. 2 der Kirchengemeinde- und Synodalordnung vom 10. September 1873 für die Zukunft für sich in Anspruch zu nehmen.“ Dieser von fünf Mitgliedern der Synode beantragten Erklärung waren folgende Motive beigegeben: Die Verletzung des Rechts und den Eingriff in die Freiheit und Befugniß der Synoden, welche wir in dem Verbot des hochwürdigsten Oberkirchenraths sehen, nicht mit Stillschweigen hinzunehmen, halten wir im Interesse einer gedeihlichen Entwicklung unserer kirchlichen Verfassungszustände für eine dringende Pflicht der Kreissynoden. — Gewiß werden noch andere Synoden mit derartigen Erklärungen folgen.

(Allg. Ev. - Luth. Rztg.)

Großherzogthum Hessen. Das Unionslutherthum findet in neuerer Zeit immer mehr Anklang und Anhang. Es ist eine seltsame Erscheinung, ein Versuch, zwei Sachen mit einander zu verbinden, die mit einander schlechterdings nichts zu thun haben. Union und Lutherthum — das sind seit den Tagen Luthers entschiedene Gegensätze gewesen, bis man in neuester Zeit es möglich gemacht hat, beides zugleich zu sein: Lutheraner und Unionsmann. Freilich wissen wir in Preußen aus nächster Erfahrung, daß dieser Versuch übel abgelaufen ist. Das Lutherthum hat die Kosten dieses Experimentes tragen müssen. Wer lutherisch und unirt zumal sein will, kann es nur so, daß er das erstere mit Worten, das letztere mit der That ist. Das Wesen des Unionslutherthums besteht eben darin, daß die Vertreter desselben zwar möglichst viel und laut für die lutherische Kirche und wider die Union reden, dabei aber nur insoweit lutherisch sind und handeln, als die Union es gestattet. Und da die Concessionen der Union manchmal größer, manch-

mal geringer sind, so wechselt die Gestalt des Unionslutherthums wie ein Chamäleon. Immer aber ist dieses Lutherthum, weil es eben der Union verhaftet ist, ein Messer ohne Klinge, ein Baum ohne Früchte, eine Wolke ohne Wasser. — Man sieht dies in neuester Zeit wieder recht deutlich an den Kirchenkörpern, welche mehr oder minder klar in das Lager der Union übergegangen sind, in ihrer Mitte aber eine Anzahl Glieder haben, welche lutherisch gesinnt doch innerhalb der hergebrachten kirchlichen Verbindung bleiben wollen. — Am auffälligsten ist in dieser Hinsicht das Auftreten der Unionslutheraner im Großherzogthum Hessen. — Die Leser erinnern sich wohl aus früheren Mittheilungen, daß in diesem Lande eine neue Kirchenverfassung eingeführt worden ist, welche die Union aufs klarste und deutlichste herstellt. In der evangelischen Kirche Hessens bestehen nach dieser Verfassung lutherische, reformirte und unirte Gemeinden, welche aber nicht nur kirchenregimentlich, sondern auch durch Abendmahlsgemeinschaft mit einander verbunden sind. Wie wenig es zu bedeuten hat, ob eine Gemeinde dort sich lutherisch oder anders nennt, sieht man daraus, daß nach der neuen Kirchenordnung für die Zugehörigkeit zu einer Gemeinde es nicht auf das Bekenntniß, sondern auf den Wohnort ankommt. Damit ist „einfach die Union eingeführt“, sagte mit Recht früher die „Allgemeine Evangelisch - Lutherische Kirchenzeitung“. Alle Kämpfe, Proteste, Petitionen der Lutheraner in Hessen haben nun nichts geholfen. Sämmtliche Paragraphen der Kirchenordnung sind vom Landesherrn so bestätigt worden, wie die liberale Synodalmajorität sie beschlossen hatte — mit einer einzigen Ausnahme. Auf alle Proteste nemlich ist der erste Paragraph der Kirchenverfassung folgendermaßen gefaßt worden: „Die evangelische Kirche des Großherzogthums, welche sich als ein Glied der gesammten evangelischen Kirche erkennt, umfaßt sämmtliche evangelische Gemeinden (lutherische, reformirte und unirte) des Landes, unbeschadet des Bekenntnißstandes der einzelnen Gemeinden.“ Diese letzten Worte „unbeschadet &c.“ sind die Bewilligung der Regierung auf die Forderungen der Lutheraner. — Aus diesen Worten versuchen nun die meisten Lutheraner einen Stuhl zu zimmern, auf dem sie sich niederlassen können. Zwar wissen sie genau, daß sie damit auf eine lutherische Kirche vollständig verzichten; sie können sich auch nicht verbergen, daß ihren „lutherischen“ Gemeinden sehr viel unlutherisches zugemuthet wird; sie werden doch auch darüber nicht im Unklaren sein, daß der „Bekenntnißstand“ der einzelnen Gemeinden nun abhängig gemacht ist — wenigstens zum großen Theil — von den Personen der Geistlichen; aber sie lassen sich genügen und sagen, „das Bekenntniß sei als Grundlage ihrer kirchlichen Existenz anerkannt, während sie vergessen, hinzuzufügen, daß die Union als Grundlage ihres kirchlichen Handelns anerkannt ist. — Besonders betrübend aber ist diese ihre Stellung, wenn man sich erinnert, mit welcher Klarheit sie noch vor zwei Jahren erkannt haben, was sie fordern müßten. — Sie forderten damals hauptsächlich Folgendes: 1. daß jeder Confession ein ihr zugethanes Kirchenregiment gegeben werde; 2. daß an der Universität und im Prediger - Seminar auch Lutheraner angestellt würden; 3. daß die lutherischen Pfarrstellen ausschließlich mit lutherischen Pfarrern besetzt würden; 4. daß den lutherischen Pfarrern die Zulassung Unirter und Reformirter zum Abendmahl nicht zur Pflicht gemacht werde; 5. daß bei Einführung der neuen Verfassung die lutherische Kirche ihre eigenen Synoden, Decane und Superintendenten erhalte. — Von allen diesen Forderungen ist nun keine erfüllt worden, auch nicht eine. Dennoch lassen die dortigen Lutheraner sich genügen. In der That, was sollen eigentlich die Behörden von „Forderungen“ der Lutheraner halten! Sie erkennen nun mit der That an, daß sie sich damals überfordert haben. Doch damals behaupteten sie, das mindeste zu fordern, was gefordert werden müsse. Und nun begnügen sie sich mit den Worten „unbeschadet des Bekenntnißstandes der einzelnen Gemeinden“, obwohl sie selbst wissen, daß diese Zusage durch zahlreiche Bestimmungen der Kirchenordnung aufgehoben wird. O wie völlig haben sie sich ihr Ziel verrücken lassen! — Was kann es nun irgend helfen, daß sie sich

auf einen in neuerer Zeit empfangenen Brief des Ministeriums berufen, in welchem sie dem Bekenntniß günstige Zusagen finden. Selbst wenn solche wirklich vorhanden wären, was haben sie zu bedeuten! Ein Brief ist eben ein Brief, auch wenn er „in Folge allerhöchster Ermächtigung“ geschrieben ist; die neue Kirchenverfassung aber ist Gesetz. Und es ist in der That eine schwache Stütze, wenn sie jetzt sagen: „es ist die ausgesprochene Willensäußerung des Großherzogs und der obersten Kirchenbehörde, daß in Bezug auf das Bekenntnißrecht nichts geändert werde. Finden sich also in der Verfassung bedenkliche oder zweideutige Bestimmungen, so müssen dieselben nach dieser klar ausgesprochenen Willensmeinung beurtheilt und gedeutet werden.“ Was soll das heißen? Erstens kann kein Gesetz der Welt nach einer „allerhöchsten Willensmeinung“ gedeutet werden. Zweitens, wie soll denn das gemacht werden? Wie soll ich denn die gesetzliche Bestimmung, daß jeder lutherische Pfarrer jeden Reformirten zum Abendmahl lassen muß, so umdeuten und beurtheilen, daß das Bekenntniß gewahrt bleibt? Hier hilft kein Deuten. — Aber in der That ist auch in dem erwähnten Actenstück nichts zu finden, was nicht vollständig mit der Kirchenverfassung harmonirte. Denn wenn auch das Ministerium anerkennt, daß die Geistlichen und Gemeinden berechtigt sind, sich auf das Bekenntniß zu berufen, so fügt es doch gleich hinzu, daß dies nicht „in kirchenspaltendem Sinne“ geschehen darf. Positiv ausgedrückt heißt das, es müsse in unirtem Sinne geschehen; denn die Union bedeutet den Geist der Mäßigung und Milde, welcher den andern ConfeSSIONen die Kirchengemeinschaft nicht versagt. Und schließlich kommt das Schreiben darauf hinaus, daß den lutherischen Geistlichen durch die neue Verfassung die Verkündigung des reinen Evangeliums und die stiftungsgemäße Verwaltung der heiligen Sacramente „nicht unmöglich gemacht“ werde. Als ob das ein lutherischer Pfarrer wäre, dem es „nicht unmöglich“ ist, Gottes Wort zu predigen, oder das eine lutherische Gemeinde, der es „nicht unmöglich gemacht“ ist, Gottes Wort zu hören. — In einem haben allerdings die hessischen Lutheraner, die in ihrer unirten Landeskirche bleiben wollen, Recht: es ist ihre Lage jetzt ungefähr dieselbe, wie früher auch. Aber theils kann das ihr Eingehen auf die Union überhaupt nicht entschuldigen, da sie besser wissen, was der lutherischen Kirche, ihren Dienern und Gemeinden nothwendig ist; theils ist doch auch insofern ein Unterschied, als jetzt eben die Union in rechtlich gültiger und abschließender Weise eingeführt ist, während der frühere Zustand doch mehr auf Willkür der Verwaltung und auf mißbräuchlicher Praxis beruhte. — Wenn nun trotzdem die in ihrer Landeskirche verbleibenden hessischen Lutheraner sich für Diener und Glieder der lutherischen Kirche halten und vielleicht auch von anderen lutherischen Kirchen als solche angesehen und behandelt werden, so ist das ein Zeugniß, wie der Geist des Unionslutherthums immer mehr mächtig wird. Das Unionslutherthum aber ist die Union mit dem Schein des Lutherthums, und der Erbe der Union ist der Protestantenverein. — Mit Recht sagt einer der wenigen lutherischen Geistlichen, welche sich der neuen Ordnung der Dinge in Hessen-Darmstadt nicht zu fügen vermögen: „Es handelt sich hier um die Frage, ob ich meine Gemeinde durch Nachgiebigkeit gegen das falsch gerichtete Kirchenregiment in den Schlund protestantenvereinslicher Union führe, oder ob ich Alles einseze, und als ein guter Hirte ihr in Festigkeit des Glaubens vorangehe, wenn der Wolf kommt.“ — Der vollständigsten Billigung erfreuen sich jene hessischen Lutheraner, welche es in der Union sein wollen, natürlich von Seiten der preussischen Vereinslutheraner. Aber diese Bundesgenossenschaft kann allen wirklichen Lutheranern die Ueberzeugung nur verschärfen, daß die Stellung derer, welche in Hessen Landeskirche und Lutherthum festhalten wollen, eine falsche und verlorene ist. Und je lauter ihnen von unseren Vereinslutheranern Beifall gegeben wird, desto lebhafter gedenken wir des Sprüchwortes: „sage mir, mit wem du gehst, so will ich dir sagen, wer du bist.“

(Bresl. Archbl.)